Unvergessen: Hanau verpflichtet uns zum Widerstand

von Leonie Schmidt und Tina Doller

Warum der Naziterror nur die Spitze des Eisberges ist und wie wir ihn bekämpfen können.

Am Mittwochabend, den 19. Februar 2020, tötete der rechtsextreme Tobias Rathjen neun Menschen in zwei Shishabars und einem Kiosk im hessischen Hanau. Die Opfer dieses Terroranschlags waren alles Menschen mit Migrationshintergrund, sodass die rassistischen Motive des Täters offensichtlich sind.

Der Täter hinterließ ein mehrseitiges Bekennerschreiben und zwei Videobotschaften, in denen er seine Ideologien offenlegte und sich zu den Anschlägen bekannte. Unter anderem sprach er davon, dass „Völker komplett vernichtet werden müssen“. Auch auf Youtube veröffentlichte er schon vor seiner Tat rechtsextreme Videos, die Verschwöhrungstheorien enthalten und klar rassistisch und frauenfeindlich sind. Trotz dieser öffentlich sichtbaren rechtsextremen Ideologie, konnte er auf legale Weise Waffen erwerben und war Mitglied in einem Schützenverein.

Nachdem der Terroranschlag bekannt und in den bürgerlichen Medien die ersten Tage diskutiert wurde, bezogen auch mehrere Politker_Innen Stellung. Doch anstatt die Zusammenhänge rechtsextremen Terrors zu sehen und bekämpfen zu wollen, wurde von einem verwirrten, psychisch kranken Einzeltäter gesprochen. Im Abschlussbericht des BKA wurde das nun auch noch einmal explizit unterstrichen: R. könne ja gar nicht rassistisch motiviert gehandelt haben, da er lange Jahre mit PoCs (People of Color) gemeinsam Fußball spielte, er habe den Rassismus

nur genutzt, um mehr Anhänger für seine Verschwörungstheorien zu bekommen.

Doch
das ist natürlich völlig lächerlich, denn Tobias R. handelte nicht allein! Er wurde unterstützt von seiner faschistischen Community im Internet, Kollegen aus dem Schützenverein und auch dem deutschen Staat, der den Rechtsruck in großen Teilen der Bevölkerung weiter begünstigt. Während Naziterroristen immer als „verwirrte Einzeltäter“ dargestellt werden, „entdecken“ die bürgerlichen Medien hinter Straftaten, die von Migrant_innen begangen werden, stets die Machenschaften „krimineller Familienclans“. Shishabars, die vielen Leuten als Orte des Austauschs, der Begegnung und der Entspannung dienen, wurden medial zu den Zentren von Kriminalität, Gewalt und Drogenhandel erklärt. Razzien finden deshalb auch hauptsächlich in Shishabars in migrantisch geprägten Stadtteilen statt und nicht in Naziwohnungen oder Schützenvereinen. Der SPD-Politiker Siegmar Gabriel und Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen haben unmittelbar nach der grausamen Tat versucht, die Aufmerksamkeit auf die Gefahren eines angeblichen Linksterrorismus zu lenken. Statt über strukturellen Rassismus und die Verwicklungen des deutschen Staates darin zu sprechen, sollen lieber linksradikale Organisationen, die antifaschistische Arbeit leisten, diffamiert werden, um vom faschistischen Terror abzulenken und ihn zu relativieren. Für einen SPD-Politiker scheint kein Unterschied zwischen der grausamen Ermordung von Migrant_innen und zerschlagenen Scheiben eines AfD-Parteibüros zu bestehen. Nebenbei liefert man gleich neuen ideologischen Nachschub, für den nächsten Akt des Naziterrors.

Dieser
ließ nicht lange auf sich warten: Knapp zwei Monate später, am 7 April 2020 wird ein 15 jähriger Jugendlicher mit jesidischem Familienhintergrund auf offener Straße, scheinbar grundlos erstochen und erliegt seinen Verletzungen. Für bürgerliche Medien ist mal

wieder schnell klar: der Täter sei psychisch krank, von einem rassistischen Motiv könne nicht ausgegangen werden. Staatsanwalt Lars Janßen bestätigt das nachträglich. Der Täter hatte verschiedene Social Media Accounts, auf denen er rechte Hetze verbreitete und sich offen auf die Morde von Hanau bezog.

Seit
Jahren lesen wir von Skandalen, in denen der deutsche Staat in rechtsextreme Anschläge verwickelt ist. Besonders der Verfassungsschutz scheint ohne jegliche Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit und auch den anderen Staatsinstanzen handeln zu können. Die NSU-Morde sind nach fast 15 Jahren immer noch nicht flächendeckend aufgedeckt, Morddrohungen gegen eine Anwältin, die Angehörige der Opfer des NSU vertritt, gingen vom sogenannten „NSU 2.0“ aus den Reihen der Frankfurter Polizei aus. Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke wurde durch einen Neonazi ermordet. Gruppen wie das „Uniter-Netzwerk“ für die „Kontaktpflege der Sicherheitskräfte“, die Teil des rechtsextremen Hannibal-Netzwerks sind, zeigen, dass staatliche Kräfte wie Polizei und Bundeswehr noch nicht einmal versuchen, nach außen das Bild einer neutralen Instanz zu wahren. Statt ihrer vielbeschworenen Funktion „alle Staatsbürger zu schützen“ werden aus ihren Reihen Todeslisten mit linken und migrantischen Menschen erstellt. Der Staat weigert sich konsequent, eine Kontinuität zwischen den NSU-Morden, dem Mord an Walter Lübcke und anderen faschistischen Taten zu sehen, obwohl die Personen im Hintergrund bekannt und es gewisse Überschneidungen unter ihnen gibt.

Dies
ist kein Zufall sondern scheint System zu haben: In der Geschichte kam es immer wieder zur Zusammenarbeit zwischen dem bürgerlichen Staat und faschistischen Strukturen. Ein Beispiel sind die Freikorps, die nach dem 1. Weltkrieg, gemeinsam mit den Sozialdemokrat_Innen, gegen revolutionäre Kommunist_Innen vorgingen und dabei auch Rosa

Luxemburg und Karl Liebknecht ermordeten. Es waren dieselben Rechtsextremist_innen, die daraufhin in der Weimarer Republik Spitzenpositionen in Militär, Polizei und Justiz bekleideten und die später in den Reihen der NSDAP Hitler zur Macht verholfen. Nach dem 2. Weltkrieg mussten die ehemaligen KZ-Wärter, Nazi-Richter, Wehrmachtssoldaten und Schreibtischtäter dann zwar die Rhetorik ein wenig verändern, durften aber weitestgehend ungestraft ihre Posten in der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland behalten. Der Wehrmachtsoffizier und Kriegsverbrecher Reinhard Gehlen wurde zum Beispiel mit dem Aufbau des neuen Auslandsgeheimdienstes (BND) beauftragt. Nachdem die 68er-Bewebung ordentlich Stimmung gegen die Alt-Nazis gemacht hat, wurden einige bekannte Gesichter ausgetauscht jedoch keine grundlegenden Veränderungen eingeleitet. Die oben genannten Beispiele zeugen davon. Faschistischer Terror war schon immer – mal mehr, mal weniger offen – eine Waffe des bürgerlichen Staates, um die kapitalistische Ordnung gegen emanzipatorische Bewegungen zu verteidigen.

Dass
der Terror der Faschist_Innen aktuell zunimmt ist kein Zufall, sondern geschieht im Fahrwasser eines internationalen Rechtsrucks. Dieser zeichnete sich ca. 2014-15 ab und verstärkte sich in den letzten Jahren immer mehr, sodass nicht nur rechte und rechtsradikale Parteien rassistische Vorurteile streuten, sondern auch bürgerliche Parteien, ja sogar die Linkspartei, auf den Zug aufsprangen.

Aber
woher kommt der Rechtsruck? Rechte Ideologien und Faschismus sind Produkte der kapitalistischen Produktionsweise und gewinnen häufig nach und während Krisen kräftig an Zulauf. Der Rechtsruck entstand im Zuge der Nachwehen der Weltwirtschaftskrise von 2007/08 und wurde ursprünglich vom Mittelstand, also dem Kleinbürgertum, getragen, welche sich davor fürchten, in die Arbeiter_Innenklasse abzusteigen, da sie in der Krise nicht mehr mit den Großkonzernen mithalten können. Aber auch die desillusionierte und ebenfalls von der Krise

geschüttelte Arbeiter_Innenklasse war empfänglich für rechte Propaganda. So war es den rechten Akteuren möglich, ein Feindbild zu schaffen, welches zu begründen versuchte, warum es der Arbeiter_Innenklasse so schlecht geht, obwohl der reale Grund in der Krise selbst und dem Umgang damit lag: Beispielsweise Kürzungen im Sozialbereich, Entlassungen, de Agenda 2010 inkl. Leih- und Zeitarbeit, Privatisierungen, die Schuldenbremse usw.

Aber
auch die bürgerliche und radikale Linke hat versagt, denn es wurde versäumt, eigene soziale Antworten auf die Krise zu formulieren und diese mit Antirassismus zu verbinden. Stattdessen sprach bspw. Sahra Wagenknecht von der Linkspartei davon, eine Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten einzuführen. Eine angebrachtere Forderung wäre hier die nach offenen Grenzen gewesen. Der Rechtsruck in diesem Ausmaß war also nur möglich, weil es keine Massenbewegung aus Teilen der Arbeiter_Innenklasse, der Jugend und den Geflüchteten gab. Die Masse blieb passiv und außer symbolischer Solidarität und Spenden wurde nichts erreicht. Aufgrund dieses Machtverhältnisses konnten sich die Grenzen stark verschieben und Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Homophobie wurden immer salonfähiger.

Der
Rechtsterrorismus ist hier also nur die Spitze des Eisbergs. Dieses Verhältnis kann jedoch verändert werden: Was wir jetzt brauchen, ist der Aufbau einer Einheitsfront! Das bedeutet, dass sich im Rahmen eines bestimmten Kampfes die bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien, die Gewerkschaften, radikale Linke und Kommunist_Innen (wenn es gut läuft quasi alle Organisationen der Arbeiter_Innenklasse) zusammenschließen und gemeinsam kämpfen. Es geht nicht darum Kompromisse auszuhandeln sondern während einer zeitlichen Begrenzung gemeinsam Aktionen durchzuführen, zum Beispiel Demostationen oder Streiks. Hier kann sich auch auf gemeinsame Forderungen berufen werden. Kern dieser Politik ist, dass die revolutionären Kräfte weiterhin die bürgerlichen Teile dieser Einheitsfront scharf

kritisieren und für ihre eigene Position, die Überwindung des Kapitalismus, eintreten. Der gemeinsame Kampf sollte ebenfalls möglichst die in Sozialdemokratie und Gewerkschaften organisierten Teile der Einheitsfront von der kommunistischen Taktik und Theorie überzeugen. So kann neben dem aktiven Kampf gegen Rechtsextremismus auch der Kampf gegen den Kapitalismus vorangetrieben werden. Um den Faschismus und den Rechtsruck zu zerschlagen, reicht es also nicht aus, mit dem Profilbild auf Facebook zu kämpfen. Wir müssen gemeinsam auf die Straße gehen, es muss Massenmobilisierungen geben!

Moria Interviews – TEIL 1 / 2: „Moria ist auch ohne Pandemie eine Hölle“

Ein Interview mit Ahmad über Corona, Faschist_Innen und das Leben am Rande der Festung Europa

Während zehntausende ausländische Erntehelfer_Innen eingeflogen werden, um den deutschen Spargel zu retten, forderte das Bundesinnenministerium nun die Einstellung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer, um nicht noch mehr vermeintliche „Corona-Infizierte“ nach Europa zu lassen. Die vielbeschworene Solidarität der Bundesregierung scheint vor allem der deutschen Industrie- und Agrarwirtschaft zu gelten. Verschwindend klein wirkt vor diesem Hintergrund auch das Symbol, dass lediglich 50 geflüchtete Kinder aus den Lagern in der Ägäis von Deutschland aufgenommen werden sollen, während über 10 000 Minderjährige dort weiter unter unmenschlichen Bedingungen ausharren müssen. Ahmad (Name von der Redaktion geändert) ist selbst aus dem Irak geflüchtet und lebt bereits seit über 2 Jahren auf der Insel Lesbos. Wir sprachen mit ihm, um mehr über die

dortigen Lebensbedingungen und den Umgang mit dem Coronavirus zu erfahren.

REVO: Hallo Ahmad, wie sind die Camps auf eine Ausbreitung des Coronavirus vorbereitet?

Ahmad: Sehr schlecht, eigentlich gar nicht. Das Leben im größten Camp „Moria“ ist auch ohne Pandemie eine Hölle. Immer wieder begehen Menschen Selbstmord, da die Lebensbedingungen dort einfach unerträglich sind. Für einige tausend Menschen gibt es einen einzigen Wasserhahn, von Seife ganz zu schweigen. Teilweise fällt die Wasserversorgung sogar komplett aus. Es können also nicht einmal einfache hygienische Schutzmaßnahmen beachtet werden. Das größte Ansteckungsrisiko existiert wahrscheinlich in der Essensschlage, wo tausende Menschen jeden Tag dichtgedrängt stehen und stundenlang gezwungen sind zu warten, wenn sie etwas zu essen bekommen wollen. Mittlerweile gibt es auch kaum noch Ärzt_Innen im Camp, da viele NGOs ihre Mitarbeiter_innen von der Insel abgezogen haben, nachdem diese immer wieder von Faschist_innen bedroht und angegriffen wurden. Aus der Not heraus haben Geflüchtete selber die Situation in die Hand genommen und selbstorganisierte Corona-Awareness-Strukturen gebildet. Sie versuchen Informationen über das Virus weiterzugeben und klären andere Bewohner_innen auf, dass sich zum Beispiel nicht mehr die Hand geben oder sich nach Möglichkeit nicht ins Gesicht fassen sollten.

REVO: In fast allen Ländern Europas wurden mittlerweile Maßnahmen verhangen, um eine Ausbreitung der Pandemie einzudämmern bzw. zu verlangsamen. Wie sieht das auf Lesbos aus?

Ahmad: Für uns ist die Situation eigentlich nur noch schlimmer geworden. „Moria“ wurde komplett von der Polizei abgeriegelt. Kaum jemand darf nun noch das Camp verlassen. Nur für dringende Arzttermine oder in Notfällen dürfen Leute raus. Das heißt auch, dass keine_R der Bewohner_innen mehr Zugang zu Geld hat, da sich die einzigen Bankautomaten in der ca. 8 km

entfernten Stadt Mytilini befinden. Die Bearbeitung der Asylanträge wurde nun vollständig eingestellt. Auch außerhalb des Camps gilt eine Ausgangssperre. Wer das Haus verlassen will, muss eine SMS an die Polizei schicken und den Grund angeben. Gerät man ohne Bestätigungs-SMS der Polizei in eine Straßenkontrolle, muss man hohe Strafen zahlen.

REVO: Gibt es denn schon Corona-Infektionen auf der Insel?

Ahmad: Ja ich habe von 3 bestätigten Fällen gehört. Einer davon hat es bereits überstanden. Es handelt sich jedoch bei allen 3 Fällen, um Griech_Innen und niemand von ihnen arbeitete in irgendeinem Camp. Im Gegensatz dazu verbreiten die Faschist_Innen Geschichten und Lügen, dass wir Geflüchteten und freiwillige Helfer_Innen das Virus verbreiten würden.

REVO: In den letzten Wochen und Monaten haben sich immer stärkere faschistische Strukturen auf der Insel aufgebaut. Es kam zu Angriffen auf Geflüchtete und NGO-Mitarbeiter_Innen und auch aus der Türkei ankommende Schlauchboote wurden beim Anlegen behindert. Hat sich das seit Corona verändert?

Ahmad: Sie greifen immer noch vereinzelt an, patrouillieren im Hafen oder sind vor einer Woche auch ins Camp eingedrungen und haben Menschen attackiert.

REVO: Was denkst du über die kommenden Wochen und Monate? Siehst du irgendwelche Potentiale, dass sich etwas zum Besseren wenden könnte?

Ich bin sehr pessimistisch. Klar, ich hoffe, dass sich etwas ändert aber ich glaube es eigentlich nicht. Unsere ohnehin unklare Zukunft wird mit jedem Tag noch unklarer. Bereits am Morgen wache ich mit einem Angstgefühl auf, das sich im Verlauf des Tages dann in Stress, Wut und Verzweiflung verwandelt. Vor ein paar Tagen sind einige Leute aus Moria in den Hungerstreik getreten. Als Gefangene in dem extra auf dem Campgelände

erbauten Gefängnis war der Hungerstreik ihre letzte Möglichkeit gegen diese Lebensbedingungen zu protestieren. Nach drei Tagen wurden sie jedoch durch den Einsatz massiver Polizeigewalt zum Essen gezwungen. Die Situation ist schrecklich und was wir jetzt brauchen, ist die sofortige Evakuierung aller Camps auf den griechischen Inseln und die Erlaubnis für eine Weiterreise auf das europäische Festland!

Dieses Interview wurde durch einen Genossen von uns geführt, jedoch zuvor in gekürzter Form in der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 16.04.2020 veröffentlicht. Siehe: https://www.jungewelt.de/artikel/376511.sorge-vor-coronavirus-schon-vor-der-pandemie-eine-h%C3%B6lle.html?sstr=Moria%7Cpandemie%7Ch%C3%B6lle

---

Der Konflikt in Venezuela bleibt heiß: Kopfgeld auf Maduro

Alex Metzger

In einer Pressekonferenz erhob US-Justizminister William Barr schwere Vorwürfe gegen Venezuelas Präsident Nicolás Maduro. Dabei wird ihm vorgeworfen, als Chef eines Internationalen Drogenkartells den Schmuggel von Rauschgift durch Südamerika in die Vereinigten Staaten zu koordinieren. Nun setzt die US Regierung ein Kopfgeld in Höhe von 15 Millionen $ auf Hinweise aus, die zur Ergreifung von Maduro führen.

Kurz zur Faktenlage:
Daten der CCDB(einer Datenbank, die den „Kampf gegen die Drogen“

in Amerika dokumentiert) deuten darauf hin, dass 2018 ca. 7 mal mehr Kokain durch Guatemala(1400 Tonnen) transportiert wurde als durch Venezuela(210 Tonnen)! Der guatemalische Regierungschef wird jedoch nicht behelligt.

Woher diese Anschuldigung?

Im Zuge des
internationalen Rechtsrucks hat es auch in Südamerika Regierungswechsel und Putsche gegeben, die das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent eindeutig zugunsten der reaktionären Seite verlagern. Genannt seien hier: Jair Bolsonaro in Brasilien, der Putsch gegen Evo Morales in Bolivien, die Regierung
Piñera
in Chile.

In Venezuela soll
dies nun auch passieren und es gibt schon länger den Konflikt zwischen dem venezolanischen Präsidenten Maduro und den USA, die versuchen, ihn aus dem Amt zu kicken und mit jemanden zu ersetzen, der sich nicht mehr weigert, den Markt vollends zu öffnen und die Industrie zu privatisieren. Deswegen versucht die amerikanische Regierung seit Jahren, der Regierung Venezuelas Verstrickungen ins internationale Drogenkartell anzuhängen. Dabei ist die Ausschreibung des Kopfgeldes eine Machtdemonstration Trumps für seinen Einfluss in Lateinamerika, während er beispielsweise im arabischen Raum(Syrien, Iran) aber auch im Konflikt mit Nordkorea dem Anspruch des US Imperialismus als bissige Ordnungsmacht/
Alpha Predator/ Boss der Welt nicht gerecht wird. Die zunehmende Herausforderung durch den chinesischen Imperialismus immer im Blick.

Gleichzeitig steht
Trump in den USA relativ kurz vor der Präsidentschaftswahl und versucht mit der klassischen Anti-Drogen-Law-and-Order-Politik Stärke zu beweisen und von seiner fatalen Corona-Krisenpolitik abzulenken.

Dass
Handelsbeschränkungen wie Sanktionen auch während der Corona-Pandemie nicht gelockert werden und diese Politik den Menschen in Venezuela und sonst wo vor allem schadet, beweist eindeutig, dass es den amerikanischen Imperialismus selbst in solchen Zeiten einen feuchten Kehricht schert, welche mörderischen Auswirkungen die eigene Politik überall auf der Welt hat.

Imperialistische Umtriebe

Seit knapp 3 Jahren
tobt in Venezuela ein Kampf um die Macht, an dem sich verschiedene imperialistische Staaten aber federführend die USA beteiligen. Auf einer Seite der geputschte Präsident Nicolás
Maduro, Nachfolger von Hugo Chaves, den wir als linksbonapartistisch einstufen. Das heißt, dass die Regierung sich dadurch auszeichnet, dass durch z.B. Öleinnahmen finanzierte Zugeständnisse an die Bevölkerung gemacht werden, was in ökonomisch guten Zeiten die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern kann. Dies wird dann populistisch ausgeschlachtet. Gleichzeitig geht sie aber auch hart gegen linke Oppositionelle, Gewerkschaften und Basisprojekte vor, die sich beispielsweise gegen die Legalisierung privater Investitionen aus imperialistischen Ländern und andere Maßnahmen im Sinne des Kapitals und der Imperialist_Innen zur Wehr setzen. Ein linker Bonaparte
schafft es dabei, die politische Macht zu zentralisieren, indem er zwischen den Interessen der Klassen balanciert und die eigene bürokratische Kaste wie auch das Militär stramm auf Linie hält. Maduro will sich dabei von den USA weder politisch noch wirtschaftlich abhängig machen, was auch Teil des eigenen Populismus ist. Da Trump den US-amerikanischen Einfluss in Südamerika festigen will, soll Maduro weichen und wenn es durch solche krummen Moves wie mit dem Vorwurfs des Drogenhandels sein muss.

Auf der anderen
Seite die Person, die ihn ersetzen soll: Juan Guaidó, seines

Zeichens ehemaliger Parlamentspräsident Venezuelas und wirtschaftsliberaler Politiker. Das bedeutet zum Beispiel, dass er die Bodenschätze Venezuelas schnellstmöglich für den imperialistischen Raubbau verfügbar machen möchte. Dabei geht es vor Ort um Öl, Gold, Silber, seltene Erden… Guaidó ist den USA treu und erhält wiederum politische und wirtschaftliche Unterstützung von ihnen. So konnte er sich Ende Januar 2019 zum Interimspräsidenten erklären und wird dabei international von über 150 Ländern anerkannt (Dabei Weite Teile Südamerikas, außer Bolivien, und westliche Imperialistische Länder).

Für eine genauere
Einschätzung des Konflikts, checkt einfach unsere Homepage:

Venezuela: Kein Ende des Konflikts in Sicht

Der Weg aus der Krise

Noch ist der Kampf um die Macht in
Venezuela nicht entschieden. Klar ist, dass wir die Errungenschaften der venezolanischen Revolution gegen jeden imperialistischen Einfluss verteidigen. Gleichzeitig müssen wir aber auch verstehen, dass Maduro kein Sozialist, Venezuela kein Sozialismus ist und die Errungenschaften unzureichend sind.

Die Revolution ist zum Stillstand
gekommen, ohne die Industrie restlos verstaatlicht zu haben. Die Bourgeoisie darf weiter Profite machen und mit ihren Privilegien leben. Teile der enteigneten Bourgeoisie wurden sogar großzügig entschädigt.

Weiterhin fußt Maduros Macht auf der
Unterstützung durch das Heer, welches weder demokratisch organisiert noch kontrolliert ist. Demokratisch organisierte Milizen sind Teil eines politischen Programms, welches seine Regierung mit aller Härte

bekämpft.

Diese Milizen wären zentraler
Bestandteil, um die Revolution in Venezuela voranzutreiben und sie zu einer sozialistischen Revolution zu entwickeln. Dafür muss die Bourgeoisie entschädigungslos enteignet werden. Die Arbeiter_Innenklasse muss, gemeinsam mit den Bauern und der Jugend, die Macht der Bürokratie brechen und eigene, mutige, basisdemokratische Losungen aufstellen.

Eine solche Revolution könnte als
leuchtendes Beispiel in die gesamte Region strahlen und die Arbeiter_Innen in Ländern wie Brasilien und Argentinien ermutigen, den Kampf gegen ihre stockreaktionären Regierungen in eine sozialistische, internationalistische Richtung zu treiben! Im Zuge dessen braucht es auch den Kampf für den Aufbau von revolutionären Parteien der Arbeiter_Innenklasse, die eine solche Richtung überhaupt weisen können.

- Nein zum
  erneuten Putschversuch durch den US Imperialismus, entlarven wir die
  haltlosen Anschuldigungen von William Barr!
- Verteidigen
  wir die Bolivarische Revolution gemeinsam gegen imperialistische Aggressionen!

- Für die
  Permanenz der Bolivarischen Revolution! Nur wenn wir über die bisherigen Schritte hinausgehen und die Eigentums- und die Herrschaftsfrage gegeüber Kapital und Bürokratie stellen, können wir die Revolution zum Erfolg führen.

- Für internationale Solidarität
  und den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus sowie seinen Unterstützer_Innen in Medien, Staat & Bildungswesen!

China: Auf dem Weg zur Weltherrschaft dank Coronakrise?

Resa Ludvin

Fast die gesamte Welt steht still,
nur in China scheint es eine schrittweise Rückkehr zur Normalität zu geben. Auch die allgemeine Angst vor einer Rezession sucht man in China vergeblich. Ganz im Gegenteil. China inszeniert sich als großer Helfer betroffener Länder, Bezwinger des Virus‘ und scheint schon jetzt Gewinner der Krise zu sein.

Und das trotz der immensen Bevölkerungszahl, Zusammenleben auf engstem Raum und einem Gesundheitssystem, das alles andere als sozial ist. Waren Krankenhäuser einst staatliche Institutionen mit Hauptaugenmerk: Gesundheit der Bevölkerung ohne Wenn und Aber, ist das System heute gerade auf dem Land unterversorgt und Behandlung gibt es nur mit Vorkasse – wer hier zuerst versorgt wird, ist offensichtlich, denn auch im angeblich „kommunistischen“ China hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Bourgeoisie herausgebildet.

Genau dieser Ort soll also nicht nur Ausgangspunkt, sondern auch erfolgreicher Bezwinger des Virus sein? Im November 2019 trat das Coronavirus zum ersten Mal bei einem Menschen in China auf. Wurde es da noch totgeschwiegen und jene, die darüber sprechen wollten, mundtot gemacht, erfolgten ab Ende Januar die ersten großflächigen Maßnahmen zur Eindämmung. Für über

eine Milliarde Menschen, die in der Volksrepublik leben, bedeutete dies Ausgangssperren, Reisebeschränkungen und Kontaktreduzierungen bis hin zum kompletten Lockdown der am schwersten getroffenen Region, die 60-Millionen-Provinz Hubei mit ihrer Hauptstadt Wuhan. Doch schon ab April 2020 verzeichnet China offiziell keine neuen Fälle, Hubei wurde wieder zur Ein- und Ausreise geöffnet und man überlegt sogar, die Schulen demnächst wieder zu öffnen. Doch ist auch hier nicht alles Gold, was glänzt: So kam es im März 2020 in Wuhan zu spontanen Protesten, die in China aufgrund fehlender Versammlungsfreiheit verboten sind. Grund hierfür war, dass die Lebensmittelversorgung durch Peking nur schlecht funktionierte.

Warum kommt China schneller wieder auf die Beine?

Schauen wir uns an, warum es China leichter fallen könnte, den kapitalistischen Normalbetrieb wiederaufzunehmen: Durch das autoritäre Regime kann berechtigter Widerstand sowie die Interessen der Bevölkerung aus der Entscheidungsfindung herausgehalten werden, was zu einem entschlossenen aber auch rücksichtslosen Vorgehen führt. Doch noch deutlich wichtiger als die politische Sphäre ist die wirtschaftliche: Auch wenn China seit der Öffnung in den 70er Jahren weit von der maoistischen Linie abgewichen ist, so haben sie doch eine spezielle Form der kapitalistischen Wirtschaft.
Vergleichen wir das chinesische Wirtschaftssystem mit dem Deutschlands: In Deutschland herrscht bis auf wenige Ausnahmen freie Markt- und Konkurrenzwirtschaft in der unterschiedliche Firmen in erster Linie für ihre eigenen Interessen einstehen, getreu dem Motto „Der Markt regelt sich selbst“.
In China gilt dieses Prinzip nur zum Teil, denn dort sind viele Schlüsselindustrien nicht in der „freien Hand des Marktes“,

sondern staatlich bzw. teilstaatlich oder zumindest eng mit der Partei verbunden. Insgesamt ist der Einfluss der Regierung auf die Produktion wesentlich höher als in anderen imperialistischen Ländern. Man könnte es also als „Kapitalismus unter der Diktatur einer Partei“ bezeichnen. So sind
die nationalen Bestrebungen der Regierung eine der treibende Kräfte der chinesischen Wirtschaft und ihres Aufschwungs. Dies verbindet sich mit den Interessen der Bourgeoisie, die durch die geöffnete Kapitalakkumulation entstanden ist und mit enger Verbindung zum Parteiapparat, neben der Arbeiter_Innenklasse existiert.

Da sich viele jener
Schlüsselindustrien in Staatshand befinden, die nicht nur für die Versorgung, sondern vor allem im internationalen Wettbewerb wichtig sind, gab es weniger Blockaden, die Produktion in Zeiten der Coronakrise bedarfsorientiert umzustellen. Ziehen wir hier wieder den Vergleich zu Deutschland, so sehen wir, dass eben jene Schlüsselindustrien einerseits nie in Staatshand waren und andererseits weitere lebenserhaltende Bereiche, die früher staatlich waren, in den letzten Jahrzehnten zunehmend privatisiert oder runtergekürzt wurden, allen voran im Gesundheitssektor. Nur so kann man verstehen, warum sich China schneller erholt. Zusätzlich dazu gab es geplante Interventionen der Regierung wie ein riesiges Krankenhaus, das in Wuhan innerhalb weniger Tage für die Corona-Infizierten entstanden ist. Allerdings ist es für die chinesische Regierung gerade wichtig, dass Hubei schnell wieder einsatzfähig ist, denn dort befinden sich wichtige Standorte der Automobil- und Elektronikbranche.

Nichtsdestotrotz
ist auch anzuzweifeln, dass die Zahl der Neuansteckungen wirklich auf 0 gesunken ist und diese Nachricht nicht eher dem Propagandaapparat der Kommunistischen Partei
entspringt. Der Verdacht kommt nicht von ungefähr, wenn man bedenkt, dass China schon zu Beginn die Krankheitsfälle

verheimlicht hat und es Journalist_Innen in China immer noch schwer haben über die Situation zu
berichten. Unabhängige Journalist_Innen waren in den letzten Monaten aus der Krisenregion Wuhan ausgesperrt worden. Laut Reporter Ohne Grenzen verschwand sogar ein chinesischer Journalist spurlos, der in Wuhan recherchierte. Weitere Maßnahmen waren die Zensur der chinesischen Äquivalenten zu Youtube und WhatsApp,
indem Inhalte blockiert wurden, die den Virus betreffen. Das Interesse, es nun kleinzureden, läge darin, als erster wieder die Wirtschaft voll anlaufen zu lassen. Alle betroffenen Länder konkurrieren nämlich gerade darum, wer als erstes die Maßnahmen lockern kann und damit die freigewordenen Märkte und Profitmöglichkeiten für sich zu beanspruchen. Dass jetzt China als erstes wieder zur Normalität zurückkehrt, ob legitimerweise oder nur durch Beschönigung der Situation, dürfte dazu führen, dass die chinesische Wirtschaft alle Möglichkeit hat, die Konkurrenz abzuhängen und damit auf der Gewinnerseite der kommenden Krise zu stehen.

Resultat: Verstärkte Abhängigkeit als Kollateralnutzen der Krise

In den letzten Jahren befand sich
China auf dem Weg, ihren Einflussbereich zu vergrößern, nicht zuletzt mit Projekten wie der neuen Seidenstraße. Infrastrukturprogramme in Zentralasien, Verlagerung der Produktions- und Umweltkosten in afrikanische Länder und dem Einkaufen von chinesischen Investor_Innen in europäische Firmen dabei unter anderem strategisch nützliche wie der Hafen von Piräus oder Medienbetriebe. Vor allem in Zeiten der Zerstrittenheit der EU, die sich darin ausdrückt, dass sich in puncto Corona-Hilfen über ein lange Zeit jede_R der Nächste war, springt China ein. Warum hatte China es da so einfach? Man könnte meinen, bei einer Krise diesen Ausmaßes helfen in der „Werteunion EU“ die, die können, indem sie Ressourcen in Form von Masken, medizinischer Geräte o.ä.

entbehren können. Weit gefehlt. Deutschland hat lange zugeschaut wie in Italien und Spanien die Menschen massenhaft sterben und jetzt kommt verspätet ein kleines Hilfspaket. Doch wir dürfen uns nicht davon und von den Worten Heiko Maas‘ täuschen lassen, dass es „gelebte EU-Solidarität“ sei, während der Corona-Krise „Hilfe ohne Folterwerkzeug, also ohne Troika und harte Sparauflagen“ zu leisten. Denn das bedeutet mit anderen Worten:„Die EU ist gerade zu instabil, um Südeuropa weiterhin dreist ausbluten zu lassen. Machen wir also jetzt erstmal langsam, damit wir sie nicht als Halbkolonien verlieren und das „Folterwerkzeug“ vielleicht zu einem anderen Anlass nochmal zum Einsatz kommen kann!“

Aber auch Chinas Hilfe und Nichthilfe ist politisch motiviert. In den Ländern, in denen sie Hilfe leisten, wollen sie das Narrativ des „Anführers der kleinen Länder“ stärken, was daher kommt, dass sie weiterhin offiziell als Schwellenland gehandelt werden und das ironischerweise für den Ausbau ihrer Weltmachtstellung benutzen. So sollen sich die Hilfen in Europa, Afrika und Zentralasien doch auch irgendwann auszahlen. Hierbei sind besonders einige afrikanische Länder gefährdet, in Abhängigkeit zu fallen, da ohnehin schon der Einfluss Chinas immens ist. Noch deutlicher sieht man die politischen Hintergedanken in den Fällen, in denen China nicht hilft, allen voran den USA: Schon seit geraumer Zeit vor Corona gibt es gewaltige Spannungen zwischen den Weltmächten durch den Handelskrieg, Nordkorea und der allgemeinen Konkurrenz. Nun wird die USA zum neuen Zentrum der weltweiten Krise. Naiverweise könnte man meinen, dass dennoch die Leben der Menschen in den USA vor allem der besonders bedrohten Arbeiter_Innen und Minderheiten gerade mehr zählen als die Worte eines Präsidenten, der China die Schuld an der Pandemie gibt. Dennoch weigert sich Peking, fehlendes Material wie Schutzmasken in die USA zu schicken. Corona mutiert zum Mittel der Erpressung und wieder einmal zeigt sich, dass die wahre Pandemie der Kapitalismus ist.

Reaktionen auf chinesische Maßnahmen

Schaut man sich die Reaktionen in puncto chinesischer Coronamaßnahmen an, so finden sich auch hier die stets wiederholende Erklärungsmuster und gut verinnerlichte Reaktionen gegenüber China wieder. Von Rassist_Innen, die irrationale Ängste und gezielte politische Hetze auf asiatisch aussehende Menschen projizieren bis hin zu China-Verehrer_Innen. Schauen wir uns drei Reaktionen an.

Typ1: „Schaut wie effektiv der Sozialismus sein kann“

Man könnte ganz platt antworten:
Wenn das der Sozialismus ist, ist das nicht unser Sozialismus. Jedoch sollte man sich vor Augen führen was China ist: eine aufstrebende kapitalistische Macht mit imperialistischen Interessen, die ihren Ansatz gänzlich aufgegeben hat, auch wenn das Land immer noch von der KP regiert wird. Die wachsende Macht der Bourgeoise, das Halten von Halbkolonien, Diskriminierung von Arbeiter_Innen, Minderheiten, Frauen und die sonstige Liste der Dinge, die nicht mit dem Sozialismus vereinbar sind, ist lang.

Typ2: „Wie effektiv doch Zentralisierung ist“

Ja, gerade in Deutschland zeigt sich in Zeiten der Krise die Schwäche des bürgerlich-„liberalen“ Staates. Lange Abwägungen zwischen der Gefährdung der Bevölkerung und der Gefährdung der Wirtschaft und dadurch verspätete und halbherzige Entscheidungen, die für die Arbeiter_Innenklasse nicht zufriedenstellend sein können. Doch liegt der „zentralstaatsliebende Typ mit Hang zum Autoritarismus“ (denn nichts anderes steckt dahinter) falsch. Es sind eben nicht straffe bürgerliche Staaten mit starker Führung,

die „uns“ aus der Krise navigieren, sondern höchstens die eigene Wirtschaft. Auch in China stecken hinter dem entschlossen wirkenden Handeln ständige Überlegungen, wie man die Wirtschaft möglichst schnell wieder zum laufen bringen kann und dabei ist es bloß Glück für uns, dass man dafür gewissermaßen auch Menschenleben retten muss. In einer
sozialistischen Gesellschaft hingegen, also jene mit dem höchsten Maß der Demokratie, wären die Voraussetzungen endlich gegeben, wirklich zielstrebig solche Gefahren einzudämmen, da es
keinen Druck gibt, weiter Profiten hinterherzujagen, wodurch zum Beispiel alle nicht-lebenswichtigen Arbeiten tatsächlich eingestellt werden könnten. Außerdem kann die Produktion nach Bedarf umgestellt werden. Und das ganz ohne autoritären Zentralstaat, sondern unter der Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse.

Typ3: „Ja ok, aber ich will meine
Freiheit trotzdem nicht einschränken lassen“

Manchmal müssen für
außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Maßnahmen her und dazu gehören auch solche wie jetzt. So könnte es sein, dass einige der Einschränkungen tatsächlich sinnvoll sind. Doch an welchem Punkt der „freiheitsliebende Typ“ sehr wohl Recht hat, ist, ob wir uns „einschränken“ oder uns „einschränken lassen“. Mit anderen Worten: Die Frage sollte nicht sein, inwiefern es Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte zur Bekämpfung einer Krise in diesem Ausmaß gibt, sondern wer diese, aber auch die Rückkehr zur Normalität kontrolliert und organisiert. Wir haben gesehen, dass es die Regierungen und Kapitalist_Innen der freien Wirtschaft nicht stört, Arbeiter_Innen in nicht-lebenswichtigen Fabriken weiterarbeiten zu lassen wie in Spanien oder selbst dem beschränkten bürgerlichen Staat weitere Freiheitsrechte zu entnehmen wie in Ungarn. Doch wäre es falsch, zu sagen, dass es hier allein um bürgerliche Freiheitsrechte der_des Einzelnen geht, hier geht es um die Systemfrage. Im Kapitalismus ist Freiheit nur ein

Trugbild, das auch nur wenige zu Gesicht bekommen.

Stoppt das imperialistische
Taktieren – Gesundheit ist keine Druckmittel!

Auch wenn Corona als Virus
ungreifbar erscheint, darf man trotzdem bei Corona als Krise weder ihre Wurzeln, die im Kapitalismus selbst liegen, noch ihre Auswirkung auf die Neuaufteilung der Welt, die ebenfalls systembedingt ist, verkennen. China macht sich die finanzielle Schwäche von Ländern zu Nutze, nachdem sie jahrelang große Investitionen vor allem auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent, aber auch in Europa getätigt haben. Unsere Antwort als Sozialist_Innen muss daher sein: Bedingungslose Hilfe über nationale Grenzen hinaus statt zu Nutze machen der Krise für Profitinteressen. Die Krise ist global und trifft vor allem die Arbeiter_Innenklasse hart. Wir fordern daher, Kurzarbeit, sprich Kürzungen der Bezüge und Entlassungen, zu stoppen. Für eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich – lasst die Kapitalist_Innen zahlen!

Doch in einem System, dass auf
internationale Konkurrenz und somit Ausnutzen von Vorteilen basiert, ist das illusorisch. Die Pandemie namens Kapitalismus bleibt. Derzeit sehen wir auf wessen Händen die Gesellschaft tatsächlich steht, wenn im Krankenhaus oder im Einzelhandel Menschen für das Überleben schuften und es dennoch weiterhin Firmen gibt, die die Arbeiter_Innen weiter in der Fabrik arbeiten lassen, weil sie nicht auf ihre Profite verzichten wollen. So kam es in vielen Ländern zu spontanen Streiks wie im März in einem norditalienischen Werk von Fiat-Chrysler. Genau diese Kräfte müssen wir bündeln. Eine Arbeiter_Innenkontrolle muss her, die nach Bedarf und nicht nach Profit produziert – in der jetzigen Situation heißt das bspw. Produktion von Desinfektionsmitteln statt Parfüm,
Beatmungsmaschinen statt Autos und die Verstaatlichung des Gesundheitssystems unter Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse als notwendige Maßnahme!

Jugend und Corona – Keine Risikogruppe aber trotzdem am Arsch!

Paul Meyer

Bei
der Corona-Krise wird häufig über Risikogruppen und die Gefährdung dieser geredet. Wir, die Jugend, werden in den Nachrichten häufig als die dargestellt, die die Corona-Parties feiern und das Virus verbreiten. Es wird dabei leider außer Acht gelassen, dass auch wir unter dieser Krise zu leiden haben. Wir haben häufig keine Folgen durch das Virus an sich, aber sehr wohl aus der daraus folgenden Quarantäne. Vor allem durch die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, die uns quasi zu Hause einsperren. Diese treffen aber besonders ärmere Menschen, die es sich nicht leisten können, ein Netflix- oder Spotify-Abo zu haben und kein Rückzugsort besteht, in dem sie ihre Schulaufgaben in Ruhe machen und sich entspannen können. Dieses Fehlen des Rückzugsortes beinhaltet häufig auch das Fehlen eines eigenen PCs oder der Hilfe der Eltern. Wenn die Schule wieder anfängt, ist das ein großer Nachteil, weil die anderen Schüler_Innen viel weiter im Lernstoff sind, als die ohne Endgerät und Ruhe. Wir können auch nicht mehr unsere Rückzugsorte besuchen, wie zum Beispiel Jugendclubs, in welchen wir Raum für Selbstbestimmung haben, eigene Erfahrungen sammeln und aus den Augen unserer Eltern sind. Zu Hause müssen wir dann häufig Hausarbeit übernehmen, also einkaufen gehen, putzen, kochen und Care-Arbeit, also uns z.B. um Verwandte kümmern, die krank sind. Der Anstieg an häuslicher Gewalt trifft nicht nur Frauen, sondern auch Kinder. Das kommt unter anderem daher, dass wir unseren Familienmitgliedern nicht

mehr aus dem Weg gehen können. Diese sind vielleicht frustriert, weil sie ihren Job verloren haben durch die Krise oder durch Kurzarbeit nur noch 60% ihres Gehaltes bekommen. Die Kinder der Gewaltopfer können sich dann auch häufig nicht bei einer Stelle melden, die dafür zuständig ist, weil sie unter dauerhafter Kontrolle ihrer Eltern stehen. Es fallen nicht nur Jugendclubs weg, wo wir uns mit unseren Freund_Innen treffen, sondern auch der Ort, wo wir sie tagtäglich sehen würden, die Schule. Es gibt aber auch einige unter uns, die schon arbeiten oder eine Ausbildung machen. Dort sind wir die ersten, die entlassen werden, weil wir häufig nur Zeit- oder Honorarverträge, nur als Minijob angestellt sind, oder gar keinen offiziellen Arbeitsvertrag haben. Das macht es den Arbeitgeber_Innen leichter, uns zu kündigen. In anderen Fällen, zum Beispiel im Supermarkt, Essenslieferanten, Landwirtschaft, sind wir die, die noch zur Arbeit geschickt werden, weil wir zu jenen gehören, die nicht in der Risikogruppe sind. Höhere Löhne will uns unser_E Chef_In trotzdem nicht zahlen. Wir sind aber essentiell wichtig zum Fortbestand vieler Firmen. Die AfD-Bundestagsfraktion schlägt vor, dass Schüler_Innen zur Zwangsarbeit in die Landwirtschaft geschickt werden, um „dem Vaterland unter die Arme zu greifen“ und „Disziplin zu lernen“. Die AfD benutzt hier Rhetorik, die an den Faschismus erinnert.

Warum ist das alles so? Der Grund liegt im Kapitalismus, also der Form unserer Gesellschaft und des Wirtschaftens. Dieser ist darum aufgebaut, den Besitz einiger weniger krass zu vergrößern, die restliche Gesellschaft von diesem Reichtum fernzuhalten und trotzdem alles stabil laufen zu lassen, indem zum Beispiel gesagt wird, dass einem Sachen nur zustehen, wenn man sie sich „verdient“ hat und nicht bloß, weil man sie braucht oder es gerecht wäre. So werden einige der verschiedenen Unterdrückungsformen erklärt, die der Kapitalismus braucht, um zu funktionieren. Auch wir Jugendlichen werden unterdrückt, da uns nicht zugestanden wird, selbstbestimmt zu sein. So haben wir weder das Recht, frei über unseren eigenen Körper

zu entscheiden noch das Recht auf Eigentum, da jeder Besitz, der eigentlich uns gehören müsste, im Zweifelsfall gesetzlich noch unseren Eltern gehört und wir von ihnen abhängig sind, weil wir eigenes Geld und darauf folgenden Möglichkeiten noch nicht „verdient“ haben. Falls wir schon arbeiten, werden wir deutlich schlechter bezahlt, weil wir es vor oder während der Ausbildung noch nicht „verdient“ haben, genauso viel (oder eher wenig) wie die anderen Arbeiter_Innen zu verdienen. Und Menschen wählen, die unsere Interessen vertreten, dürfen wir auch erst viel zu spät, weil wir es uns vorher noch nicht „verdient“ haben, mitzusprechen. Die Bevormundung und Prekarisierung wird uns immer wieder eingehämmert, sodass sich viele von uns schon damit abgegeben haben und keinen Widerstand leisten wollen. Wir aber schon! Wir bestehen trotzdem auf unsere Rechte und Freiheiten und fordern deshalb:

- Für
  das Recht statt bei der Familie in selbstorganisierten Jugendzentren in Quarantäne zu gehen. Natürlich müssen auch hier Betreuung und alle nötigen Infektionsschutzmaßnahmen gewährleistet werden.
- Für
  den Ausbau von Schutzhäusern für Betroffene von häuslicher Gewalt!
- Abschaffung
  aller Lizenzen für Streamingplattformen und Musik! Kultur darf kein Privileg der Reichen sein!
- Lernmittel,
  wie Softwarepakete oder auch technische Grundausstattung wie Computer und Drucker müssen allen Schüler_Innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden! Keine Benotung von E-Learning-Aufgaben!
- Für
  die gleichwertig bezahlte Freistellung von nicht lebensnotwendigen Berufen und eine Garantie der Übernahme, wenn es medizinisch wieder
  zu verantworten ist, arbeiten zu gehen!

- Für
  ein bedingungsloses Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht. Bezahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!

„Aktuell denken wir von hier bis zur Türklinke“

Interview mit einer Betriebsrätin im Einzelhandel, geführt von Wilhelm Schulz, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

In Zeiten von Corona wird eines deutlich. Es ist nicht der Virus, der die soziale Spaltung verstärkt, dies bewerkstelligen die Umstände, unter denen er wirkt. Wir haben, um die Auswirkungen von Corona zu beschreiben, ein Interview mit einer Betriebsrätin im Einzelhandel in einem großen Kaufhaus geführt.

Der Einzelhandel läuft hier schon seit Jahren auf dem Zahnfleisch, ist er doch von einer massiven Umstrukturierung betroffen. Durch Internetkonzerne wie Amazon, die sich bis heute weigern, nach den Tarifbedingungen des Einzelhandels zu vergüten, und nicht mehr als den schlechter entlohnten Tarifvertrag Logistik zu zahlen bereit sind, die zudem systematisch Union-Busting betreiben. Schon vor der Corona-Krise kam es hier zu Fusionen – wie z. B. von Karstadt und Galeria Kaufhof –, Schließungen und Personalabbau. Karstadt hat eine über ein Jahrzehnt andauernde Insolvenzgeschichte: Verkauf für 1 Euro; Einfrieren der Gehälter; Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Jahre andauernde begrenzte Streiks vermochten die Talfahrt für die Beschäftigten allenfalls zu verlangsamen, nicht zu stoppen.

Es ist davon auszugehen, dass es zu einer Verstärkung dieser Verschiebung in der momentanen Situation kommt. In der Branche herrscht Teilzeitarbeit vor und die Beschäftigten sind mehrheitlich Frauen. Allein diese Zahlen zeigen, dass die Krise uns nicht alle gleichsam treffen wird.

Interviewer: Bitte beschreibe die aktuelle Situation in Deinem Betrieb. Wie wirkt sich Corona auf Deine KollegInnen und Dich aus?

Seit dem 18. März ist das Unternehmen, in dem ich arbeite, geschlossen, so wie der gesamte Einzelhandel außerhalb der Lebensmittel- und Baumärkte. Seitdem sind die Beschäftigten auf Kurzarbeit null und das Unternehmen macht keine Umsätze. Kurzarbeit null bedeutet dabei einfach, dass die Kollegen und Kolleginnen nicht arbeiten und vom Staat KurzarbeiterInnengeld von 60 % beziehungsweise 67 % bekommen, falls sie Kinder haben. Das ist alles demnächst hart an der Kante. Das Kurzarbeiter_Innengeld zahlt jedoch der Staat und nicht das Unternehmen, in dem ich arbeite. Das wird aus dem pauschalisierten Nettoentgelt des letzten Kalenderjahres errechnet.

Viele im Einzelhandel sind in Teilzeit. Über die Hälfte der Angestellten arbeiten in Teilzeit. Das bedeutet für viele vermutlich, demnächst noch zusätzliche Gelder beantragen zu müssen, wie Wohngeld. Bis dahin konnten sich viele meines Wissens noch über Wasser halten und die wenigsten mussten aufstocken, jedoch sind die Reserven auch aufgrund der aktuellen Mietlage vermutlich sehr gering.

Der Betrieb verspricht aktuell individuelle Lösungen für jede einzelne Person in akuten Problemfällen, aber davon wissen wir noch nichts. Denn aktuell merken unsere KollegInnen das noch nicht so sehr. Wir sind am 18. März geschlossen worden. In der Gehaltsabrechnung wurde vorerst der Lohn für einen vollen Arbeitsmonat ausgezahlt, der Überhang soll vom kommenden Gehalt abgezogen werden, somit kann es zu deutlich weniger als den 60 % kommen. Das Kurzarbeiter_Innengeld wird somit erst zum 30. April auf dem

Konto der Kolleg_Innen sein, dann wird’s heftig.

Bis dahin hat der Betrieb versucht, alles loszuwerden, was er offiziell an Beschäftigten entlassen konnte. Als Betriebsräte konnten wir rein rechtlich unmittelbar nur die Festkräfte retten. Zum 30. April sind jetzt die gegangen worden, die unter 6 Monate Betriebszugehörigkeit aufwiesen. Auch die 450-Euro-Kräfte sind betroffen. Sogar das Personal, das zur Anpassung unseres Personalschlüssels eingestellt wurde und bitter nötig ist, wurde kurzfristig entlassen.

Das Unternehmen selbst macht in diesem Moment offiziell Minus. Die Investor_Innen unseres Hauses besitzen die Immobilien mit der einen Gesellschaft und vermieten sie an die andere. Die Miete wird nicht gestundet.

Interviewer: Die Bundesregierung hat Rettungspakete in Milliardenhöhe verabschiedet. Auf welche Art hilft das Deinen KollegInnen?

Am ehesten durch das Kurzarbeiter_Innengeld. Auch die Sozialabgaben zahlt die Arbeitsagentur. Sehr aktuell bei unseren Kolleg_Innen ist das Thema Nebenjob in systemrelevanten Berufen. Dies geht kurzfristig im Haus. Solange unter dem regulären Nettogehalt geblieben wird, ist dies abgabenfrei. Es ist unklar, wie viele Kolleg_Innen dies angenommen haben. Die Zustimmung von Arbeit„geber“_Innenseite ist aktuell beschleunigt. Mehr ist hier momentan nicht absehbar für uns.

Interviewer: Welche Sicherung gibt es für Alleinerziehende oder Familien?

Da gibt es bei uns nichts, was über das Kurzarbeiter_Innengeld, also die 67 % hinausgeht. Interessant wird es eigentlich erst, wenn wir wieder öffnen. Zu Beginn ist davon auszugehen, dass wir zwischen der Öffnung und dem 30. Juni auf 50 % Kurzarbeiter_Innengeld gehen, also das mit dem geringeren

Gehalt bis mindestens Ende Juli andauern wird. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis 3 Monate nach Ende Kurzarbeiter_Innengeld nicht möglich. Der Betriebsrat wollte 6 Monate. Aktuell weiß aber niemand, wie es dann aussehen wird.

Besonders schwer für Alleinerziehende wird die Zeit auch. Durch die Kurzarbeit wird auch die Schichtplanung verkürzt. So erfahren die Kolleg_Innen in der Zeit nur noch eine Woche im Voraus, wie sie im kommenden Monat arbeiten werden. Das macht die Planbarkeit schwerer. Von kurzfristigen Krankheitsfällen sprechen wir dabei noch überhaupt nicht.

Interviewer: Kurzarbeiter_Innengeld trifft im Einzelhandel, der seit Jahren auf dem Zahnfleisch läuft, vermutlich die Arbeiter_Innen hart. Wie geht Ihr im Betrieb damit um? Was macht ver.di?

Ver.di schreibt im Fachbereich jeden Tag Newsletter, vor allem zur Rechtsberatung. Die Prüfungen der Azubis sind bis Ende Juni verschoben. Arbeitsverträge gehen hier nur bis zum 31. Juli. Hierzu wird aktuell verhandelt. Ansonsten hat ver.di eine Petition zur Erhöhung des Kurzarbeiter_Innengeldes herausgegeben von 60 % auf 90 %. Das ist schön und gut. Wer es später zahlt, bleibt offen.

Den Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen halten wir aktuell über Telegram, WhatsApp und E-Mail. Hier schicken wir regelmäßige FAQs zu den uns am häufigsten gestellten Fragen. Die lauteten in den ersten Tagen in der Regel etwa: „Was ist mit Krankschreibung?“, „Was ist mit Urlaub?“; „Was ist mit den Gutstunden?“. Die Fragen sind vielfältig. Wir versuchen über alle Kanäle so transparent wie möglich zu sein. Ob und wie Diskussionen unter den Kolleg_nnen stattfindet, kann ich aktuell nicht sagen.

Das Thema Gutstunden ist ein wichtiges. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Überstunden, die das faktisch sind, nicht abgebummelt werden, bevor das Kurzarbeiter_Innengeld wirkt. Eigentlich ist unser Ziel, dass überhaupt keine Gutstunden mehr rauskommen sollen, sondern neue KollegInnen eingestellt werden.

Aber aktuell denken wir von hier bis zur Türklinke. Nach Corona müssen die Beschäftigten hier vermutlich zahlen, beispielsweise durch Entlassungen, Personalmangel, Wegfall der Kundschaft. Wir sind sehr stark vom Tourismus abhängig bei uns im Haus und der liegt auf unabsehbare Zeit brach.

Interviewer: In den momentanen Debatten wird, vor allem im Einzelhandel, von massiven Veränderungen für die Zukunft gesprochen. Inwiefern trifft das Euch bereits jetzt?

Ja, wie sich das alles verschieben wird, bleibt offen. Amazon boomt. Wir werden sehen, wohin das führt. Bei uns wird versucht, ein Online-Shopping-System einzuführen. Das war auch vor Corona am Anlaufen und soll jetzt auf Biegen und Brechen beginnen. Soll passieren, damit sich das Geschäft über Wasser hält. Aber mal sehen, wie es nach Corona in unserer Branche aussieht.

Interviewer: Wie ist die Stimmung bei den Kolleg_Innen?

Die Decke fällt ihnen auf den Kopf. Auch wenn die Stimmung momentan ruhiger ist, muss klar sein: Die finanziellen Auswirkungen, die drohen ja erst. Die Sorge verschiebt sich um 4 Wochen. Noch klingt das recht positiv. Die Fragen per Telefon werden momentan weniger. Die Leute finden sich momentan damit ab und hoffen, dass bald wieder die Normalität eintritt.

Interviewer: Der DGB hat dem BDA den Burgfrieden für die laufende Pandemie angeboten. Wie soll der Widerstand gegen Entlassungen dieser Tage organisiert werden?

Streiks und ähnliches sind aktuell unsicher. Erst muss die Situation klarer

werden. Noch gibt es kaum Entlassungen. Es ist unklar, wie lang das dauern wird. Die Tiefe der Rezession lässt sich nicht abschätzen. Jedoch ist noch die Arbeit„geber“_Innenseite kooperativ, da sie noch auf ihre Angestellten hoffen und sie eh unterbesetzt waren. Somit müssen wir ihnen auf die Finger gucken. Nach der gesundheitlichem Krise, wenn die Personaldecke so gering bleibt, dann muss über Streiks und Arbeitskämpfe geredet werden.

Interviewer: Vielen Dank für das Interview und einen erfolgreichen Kampf, nicht nur um den Erhalt der Stellen, sondern auch um die Verbesserung des Personalschlüssels.

Nachwort

Hier sind wichtige Punkte angesprochen worden. Die Erhöhung des Kurzarbeiter_Innengeldes ist für die Arbeiter_Innenklasse bitter nötig, vor allem für die unteren Schichten dieser, aber die Frage der Bezahlung ist wichtig zu beantworten. Vor wenigen Tagen wurde ein Milliardenpaket der Bundesregierung zur Rettung der Wirtschaft verabschiedet. Nicht nur die Gewichtung geht an den Bedürfnissen eines Großteils der Bevölkerung vorbei. Beispielsweise sind gerade 3 Milliarden von 600 Milliarden Euro für das Gesundheitssystem vorgesehen.

Auch die Frage steht im Raum, wer am Ende die gemachten Schulden begleichen darf. Sparprogramme sind in eben jenen Bereichen zu befürchten, in denen jetzt systemrelevante Held_Innen gefeiert werden. Da sie aber außer im privatisierten Sektor keinen Mehrwert schaffen, sondern „nur“ erhalten – u. a. in Form von Menschenleben – können sie die sein, die diese Einsparungen wieder als Erste spüren. Auch eine mögliche allgemeine Steuererhöhung würde eine Umlagerung der Kosten auf die ärmere Bevölkerung darstellen. Kämpferische Arbeiter_Innen in Betrieben und Gewerkschaften müssen jetzt schon gegen die Sozialisierung der Schulden und die Privatisierung der Gewinne eintreten. Wir brauchen Beschlagnahmen von jenen, die Millionen besitzen. Die Arbeiter_Innen in allen Bereichen, die

nicht für die Sicherung der Bedürfnisse (Gesundheit, Lebensmittel, Kommunikation, …) nötig sind, müssen bei vollen Bezügen freigestellt werden. Sollten Unternehmer_Innen Beschäftigte entlassen und Betriebe schließen wollen, sollten diese ohne Entschädigung und unter Kontrolle der Arbeiter_Innen verstaatlicht werden. Wir brauchen auch ein Herabsetzen der Miete auf die zum Erhalt notwendigen Kosten – dort wo selbst dies nicht stemmbar ist, ein vollständiges Einfrieren eben jener.

Aber der Einzelhandel alleine wird vermutlich wirklich vor recht leeren Kassen stehen. Das zeigt für uns aber noch deutlicher die Notwendigkeit eines breiten Kampfes der Arbeiter_Innenklasse gegen die Auswirkungen der Corona-Krise, die sich somit nicht nur ökonomisch in ihren Gewerkschaften organisieren müssen, sondern dort auch den Druck aufbauen, um sich für einen Wertschöpfungsketten übergreifenden Arbeitskampf einzusetzen. Dafür stellt die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) bereits heute einen möglichen Keim dar, in dem sich kämpferische Arbeiter_Innen sammeln können.

Corona und die kommende Wirtschaftskrise – eine Analyse

REVOLUTION Österreich

Die Corona-Gesundheitskrise bedroht nicht nur den Alltag, sondern das Leben von Millionen Menschen weltweit. Die weitgehenden Quarantänemaßnahmen bedeuten auch einen Zusammenbruch der weltweiten Produktion. Wir stehen am Beginn einer Wirtschaftskrise, die höchstwahrscheinlich noch schlimmer sein wird als die nach 2008. Wenn es nach den Politiker_Innen und Bossen geht, werden die Kosten auf uns Arbeiter_Innen, Unterdrückte und Jugendliche abgewälzt werden. Das müssen wir verhindern!

In den vergangenen zwei Wochen haben in Österreich 200.000 Menschen ihren Job verloren, nochmal 250.000 sind in Kurzarbeit. In den USA haben sich in der Zeit sogar 10 Millionen arbeitslos gemeldet. In beiden Ländern sind prekär Beschäftigte und Scheinselbstständige (zum Beispiel Uber-Fahrer_Innen oder 24-Stunden-Pfleger_Innen) gar nicht mitgerechnet. Das kapitalistische Wirtschaftssystem lebt davon, dass Arbeiter_Innen produzieren und für Profit ausgebeutet werden. Wenn sie zuhause bleiben, wackelt das ganze System.

Krisen zeigen, wie das System läuft

Es ist offensichtlich, dass die Corona-Pandemie in vielen Ländern eine schwere Gesundheitskrise ausgelöst hat. Nicht nur verbreitet sich das Virus sehr schnell und stellt eine echte Lebensgefahr dar, die Auswirkungen drohen auch die Gesundheitssysteme an ihre Kapazitätsgrenzen zu bringen. In Norditalien ist das beispielweise schon passiert – viele Patient_Innen konnten nicht mehr versorgt werden. Diese Krise zeigt schmerzhaft klar auf, was im Gesundheitssystem schon seit Jahren schiefläuft, Einsparungen, Privatisierungen und zu wenige Pfleger_Innen und Ärzt_Innen.

Eine Krise ist immer ein Moment, wo die Entscheidungsträger_Innen nicht mehr so weiter machen können wie bisher. Wenn sie sich weiter an die bisherigen Regeln, Strukturen, und so weiter halten, produziert das System nicht die Ergebnisse, die man eigentlich möchte. Zum Beispiel, dass Menschen an heilbaren Krankheiten sterben, weil keine Betten frei sind. In einer Krise ist es deshalb besonders einfach zu verstehen, wie ein System wirklich funktioniert. Unter anderem, weil die blödsinnigen Versprechen von ewigem Wachstum oder gerechter Verteilung wegfallen. Aber auch, weil wir sehen können was für Auswirkungen es hat, wenn ein „Rädchen“ sich nicht mehr weiterdreht.

Die Wirtschaftskrise, die jetzt schon begonnen hat, ist von den Auswirkungen der Gesundheitskrise *ausgelöst* worden. Die *Gründe* sind aber vielfältig, haben ursprünglich nichts mit Corona zu tun und hatten sich schon länger angekündigt. Im Grund genommen kann man sagen, dass (1) ein kurzfristiger Zusammenbruch von Produktion und Nachfrage auf (2)

seit längerem eskalierende internationale Spannungen und Handelskriege, (3) eine seit Jahren fallende Profitrate bei Güterproduktion und Dienstleistungen und (4) zwei riesige „Blasen“ auf den Finanzmärkten trifft.

Produktion, Reproduktion und Verteilung im Kapitalismus

Eine kapitalistische Krise bedeutet immer einen zeitweisen Zusammenbruch des Kapitalkreislaufs. Die kapitalistische Warenproduktion funktioniert so, dass Arbeiter_Innen in der Produktion bereits bestehende Waren (zum Beispiel Rohmaterialien oder Zwischenprodukte) physisch verändern, also andere Waren daraus machen – „weiterverarbeiten“. Dazu verwenden sie Werkzeuge und Maschinen, so genanntes fixes Kapital, das von den Kapitalist_Innen zur Verfügung gestellt wird.

Das Produkt ihrer Arbeit gehört aber den Kapitalist_Innen, die sie dann auf dem Markt verkaufen und den Erlös behalten. Der Unterschied zwischen Erlös und Fixkosten ist der in Geld ausgedrückte Unterschied zwischen Materialien und Produkt. Also wird zum Beispiel für die Produktion von Schrauben ein gewisser Betrag an Fixkosten (Maschinen, Rohstoffe, etc.) benötigt und nach dem Verkauf der Schrauben wird hoffentlich ein höherer Betrag, der Erlös, eingenommen. Dieser Unterschied entspricht dem Ausmaß an menschlicher Arbeit im Produktionsprozess, und teilt sich auf in Löhne und Profite. Profite entsprechen also dem Anteil unbezahlter, vom Lohn nicht abgedeckter Arbeit – mit anderen Worten ist der von den Arbeiter_Innen unbezahlt produzierte Mehrwert essentielle Grundlage des Profits. Dieselbe Logik gilt bei Dienstleistungen. Auch hier fußt der Profit darauf, dass die vollbrachte Arbeit mehr Wert schafft als der ausbezahlte Lohn ausdrückt. Der Unterschied zur Warenproduktion ist im Wesentlichen nur ein zeitlicher. Während bei Waren der Verkauf und die Realisierung des Kaufpreises erst nach der Produktion stattfindet, passiert dies bei Dienstleistungen zeitgleich. Ich konsumiere die Taxifahrt, den Haarschnitt und ähnliches während sie „produziert“ werden.

Am Anfang des Kapitalkreislauf wird also Geld in Waren, nämlich fixes Kapital und Arbeitskraft, verwandelt. Waren sind eben nicht nur Dinge, die

man im Supermarktregal kaufen kann, sondern auch abstraktere Dinge, wie die menschliche Arbeitskraft. Im Produktionsprozess werden Kapital und Arbeitskraft verbraucht, am Ende stehen andere Waren, das Produkt (in unserem Beispiel: Arbeiter_Innen verwenden Maschinen und Rohstoffe, um Schrauben herzustellen). Diese werden dann auf dem Markt wieder in Geld verwandelt, den Erlös. Marxistische Ökonom_Innen beschreiben diesen Prozess als G – W – W‘ – G‘, Geld – Ware – andere Waren – Mehr Geld.

Das „Mehr Geld“ wird dann wieder in fixes Kapital und Arbeitskraft investiert, ein neuer Produktionsprozess begonnen. Die Höhe des Profits bestimmt, wie schnell der Kapitalismus wachsen kann, je höher das „Mehr Geld“ am Ende ist, desto mehr kann man in der nächsten „Runde“ produzieren und investieren. Man kann auch sagen, dass der *Verwertungsprozess* im Kapitalismus gleichzeitig der *Reproduktionsprozess* ist – das System reproduziert sich ständig selbst über diesen Ablauf, wie eine größer werdende Spirale der Kapitalanhäufung.

Wettbewerb und Krise

Die grundlegende Funktion des Kapitalkreislauf ist auf jeder Ebene, von der einzelnen Firma, über regionale Wirtschaftskreisläufe bis zum globalen Kapitalismus, dieselbe. Wie der Prozess genau gestaltet wird, ist aber die Entscheidung der einzelnen Kapitalist_Innen. Die stehen aber miteinander in ziemlich brutalem Wettbewerb: Wem es nicht gelingt, die Konkurrenz zu auszuschalten, der oder die wird wahrscheinlich selbst bankrottgehen.

Die wichtigsten Waffen in diesem Krieg sind neue Maschinen und Preispolitik. Wenn man es sich leisten kann, in neue Maschinen zu investieren, kann man die eingesetzte Arbeitskraft produktiver machen, also mehr Profit aus jeder_M Arbeiter_In herausbekommen. Wer niedrigere Produktionskosten hat, kann auch einen Preis festsetzen, der unter den Kosten der Konkurrent_Innen liegen. Die machen dann Verluste und nach einiger Zeit gehen sie pleite, so dass ihr Marktanteil erobert werden kann.

Diesen Prozess nennt man auch Kapitalisierung: Es wird mehr Geld für fixes

Kapital ausgegeben, damit die Arbeitskosten gesenkt werden können, das Kapital-Arbeitsverhältnis steigt (von Marx auch „organische Zusammensetzung des Kapitals“ genannt). Weil aber nur menschliche Arbeit Wert und Profit schafft, untergräbt das auf lange Sicht das Verhältnis Profit zu Kapital, die Profitrate. So führt das Streben der Kapitalist_Innen nach mehr Profit immer zu einer sinkenden Profitrate, also auch weniger Wachstum, und größeren Schwierigkeiten den Kapitalkreislauf zu reproduzieren.

Der Verfall der
Profitrate im Kapitalkreislauf ist der Grund für regelmäßige Krisen. Ausgelöst
werden diese aber meistens durch die Reaktion auf die Schwierigkeiten im Kapitalkreislauf.

Zum Beispiel investieren Kapitalist_Innen gerne in Finanzprodukte (z.B. Wertpapiere, Aktien, u.ä.), wenn die Profite in ihren „eigenen“ Produktionsprozessen zu wünschen übriglassen. Der kurzfristige Gewinn auf den Finanzmärkten hängt vor allem davon ab, dass die Nachfrage weiter steigt und man die eigenen Aktien und Wertpapiere über dem Kaufpreis verkaufen kann. Das führt in einer Situation von fallenden Profitraten auch tatsächlich zu mehr Nachfrage nach Finanzprodukten, die Investitionen scheinen ein gutes Geschäft zu sein. Der Preis der Wertpapiere, egal ob es Aktien, Hauskredite oder Derivate sind, steigt dann immer höher über den tatsächlich erwarteten Ertrag des Papiers selbst (den nennt man auch je nach Wertpapier Dividenden, Zinszahlungen oder Ausschüttungen). Der erwartete Profit beruht also nicht nur auf der Investition, sondern zu einem immer größeren Teil auf Spekulation.

Investitionen im Kapitalismus sind meistens durch Kredite finanziert, sowohl in der Produktion als auch auf den Finanzmärkten. Auch an Arbeiter_Innen werden Kredite für Konsum oder Hausbau angeboten, damit sie ihren Lebensstandard trotz eventuell fallender Löhne halten können. Diese finanziellen Blasen sollen die Krisenauswirkungen der fallenden Profitrate aufhalten, aber wenn sie platzen stellt sich heraus, dass diese nur verzögert wurde.

Börsencrash im März 2020

Tatsächlich sind im
März die wichtigsten amerikanischen, europäischen und asiatischen Börsen zusammengebrochen,
noch bevor die Pandemie in den meisten Ländern zu strengen Isolationsmaßnahmen geführt
hatten. Der Dow Jones (ein wichtiger amerikanischer Börsenindex) ist in den ersten drei Märzwochen um 30 % gefallen, der schnellste Kurssturz seit Beginn
der Aufzeichnungen.

Hier waren zwei Faktoren zusammengekommen. Auf der einen Seite hatten Saudi-Arabien und Russland einen Preiskrieg auf dem Ölmarkt begonnen, also Öl bewusst günstig verkauft, um der Gegenseite die Profitgrundlage zu entziehen. Investitionen am Energiemarkt hatten daraufhin eine schlagartig niedrigere Profiterwartung und Anleger_Innen versuchten ihre Wertpapiere in bares Geld zu verwandeln.

Außerdem wurden die Folge des umfassenden „Lockdown“ in China spürbar, die viele Zwischenprodukte für weltweite Produktionsketten liefern. Auch hier mussten sich Kapitalist_Innen nach Krediten umsehen, um den erwarteten Umsatzverlust zu überstehen, und verkauften andere Anlagen.

Das Ergebnis ist eine klassische Finanzkrise, in der die Nachfrage nach Wertpapieren und daher die Kurse zusammenbrechen, Kreditnehmer_Innen nicht mehr in der Lage sind zurückzuzahlen, und viele Firmen Überbrückungskredite anfordern, die aber nur teuer zu bekommen sind, weil die Rückzahlung unsicher ist.

Die Nachwirkungen der Krise 2008

Ähnlich hatte auch die
Krise 2008 begonnen, wo eine massive Blase auf den Hypotheken- und Hausmärkten
geplatzt war als die Rückzahlungsausfälle sich häuften. Das hatte die
Profitkrise in der europäischen und US-amerikanischen Produktion

offengelegt
und zur größten globalen Krise seit 1929 geführt.

Üblicherweise führen
Krisen zu einer Reihe von Firmenpleiten und damit zu einer Vernichtung (also
Außerdienststellung) von deren fixem Kapital. In der Folge ist eine Erholung möglich, weil der Anteil der menschlichen Arbeitskraft wieder steigt und in der
Tendenz die produktiveren Kapitale überleben.

Die Antwort 2008 bestand aber aus einer Kombination aus Niedrigzinspolitik, internationaler Koordination, und der kaum beschädigten Produktivität in China und Lateinamerika (vor allem Brasilien), die den Weltwirtschaftsmotor wieder ankurbelte. Außerdem wurden viele sozialstaatliche Errungenschaften der Arbeiter_Innenklasse mit massiven Austeritätsprogrammen angegriffen und beseitigt. Die Kosten, die nicht verhindert werden konnten wurden also auf die Bevölkerung abgewälzt.

Mit der **Niedrigzinspolitik** wurde das Reproduktionsproblem des Kapitalismus nach ersten Geburtsschwierigkeiten teilweise gelöst, aber nicht die Verwertung angekurbelt. Die Kapitalist_Innen blieben auf ihren Produkten und dem fixen Kapital der Vorkrisenperiode sitzen, ein neuer Zusammenbruch war vorprogrammiert.

Auch internationale Koordination hat bestimmte Grenzen, die durch den globalen und brutalen Wettbewerb im Kapitalismus gegeben sind. Dass dieses Instrument überstrapaziert war konnte man an den Handelskriegen, vor allem zwischen den USA und China, und der EU und Russland, sehen. Die nationalen Kapitale verlangten hier von ihren Regierungen sie bei der Durchsetzung gegen die internationale Konkurrenz tatkräftig zu unterstützen.

Und China, wo die
Produktivität sich schon vor 2020 verlangsamt hatte, ist besonders hart von der

Pandemie getroffen. Zumindest in den nächsten Monaten wird es nicht in der Lage
sein, die Weltwirtschaft mit Investitionsmöglichkeiten und Nachfrage auszuhelfen.

Politische Spielräume und internationale Spannungen

Die unmittelbaren Auswirkungen der Coronakrise sind vor allem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, ein Zusammenbrechen der kapitalistischen Investitionen, für die im Moment kein hoher Ertrag zu erwarten ist. Weder Arbeiter_Innen noch Kapitalist_Innen haben im Moment die Mittel oder die Lust, groß einzukaufen, was zu einem Zusammenbruch der globalen Nachfrage (außer für Medizinprodukte) führt. Das bedeutet, um den Begriff von vorhin zu verwenden, eine **Realisierungskrise**.

Gleichzeitig stehen auch viele bereits bezahlte Investitionen still, weil Arbeiter_Innen und Zwischenprodukte fehlen, es kommt also eine weltweite **Produktionskrise** dazu. Nachdem die Verwendung menschlicher Arbeitskraft in der Produktion die Grundlage des kapitalistischen Profits ist, bricht der Kapitalkreislauf auch an diesem Punkt zusammen.

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte ist eine Folge der Krisentendenz der fallenden Profitrate, die im Kapitalismus immer auftreten wird. Sie wird noch verschärft durch die internationalen Spannungen und deren Auswirkungen auf die Energiemärkte (Preiskrieg) und die Produktionsketten (Handels- und Zollkrieg). Das führt dazu, dass Kapitalist_Innen nicht an die Mittel kommen um sich über die Krise zu retten, oder neue Investitionen zu finanzieren, also einer tiefen **Kreditklemme**.

Die Kombination dieser
drei Krisendynamiken und die Kosten der Gesundheitskrise lassen erahnen, dass
uns eine Rezession bevorsteht, die sehr wahrscheinlich noch schlimmer sein wird
als 2008 oder sogar 1929. Auf der einen Seite ist das so, weil die Auswirkungen

der drei Faktoren sich aufsummieren. Aber auch der Weg aus der Krise heraus ist
schwieriger, weil nicht nur ein Problem (vorübergehend) gelöst werden muss.
Außerdem sind die Lösungsstrategien, die 2008 halbwegs funktioniert haben, fast
restlos ausgeschöpft.

Darauf können sich auch die ökonomischen Vertreter_Innen der Kapitalist_Innen, in den großen Banken und Universitäten, einigen. Die Bank of America erwartet bis zu 20 Millionen mehr Arbeitslose und einen Einbruch des Wirtschaftswachstums um 10 Prozentpunkte. Das würde die tiefste Krise seit dem zweiten Weltkrieg bedeuten. Und selbst dieses Szenario geht optimistisch davon aus, dass die Weltwirtschaft schon im Oktober wieder normal läuft und kräftig wächst.

Auch die Washington
Post titelt *„Die Coronakrise zeigt, dass unsere Wirtschaft nicht so stark ist wie gedacht*". Nouriel Roubini, der das Buch *„Crisis Economics*"
geschrieben hat und unter bürgerlichen Ökonom*innen als Experte gilt, schreibt,
dass die Krise tiefer als 2008 und die Erholung weniger erfolgreich sein wird.

Wer leidet unter, wer bezahlt für die Krise?

Sowohl die Pandemie als auch die ersten Auswirkungen der Krise treffen die unterdrücktesten Teile der Arbeiter_Innenklasse am härtesten. In New York City, wo diese Daten bezirksweise veröffentlicht werden, liegen die Infektionen in den ärmsten Bezirken teilweise um das Fünffache über denen in den besten Gegenden von Manhattan. Besonders junge und migrantische Arbeiter_Innen sind von Entlassungen, besonders Frauen von der gefährlichen Arbeit mit mangelhafter Schutzausrüstung betroffen. Und die UN warnt davor, dass der Virus in afrikanischen Ländern zu Millionen Toten führen könnte. Gleichzeitig nimmt die Gewalt gegen Frauen und rassistische Hetze, vor allem gegen Menschen aus asiatischen Ländern und Geflüchtete, massiv zu.

Im Moment verschlechtert sich die Lage in Österreich sowohl für Arbeiter_Innen, die mit Arbeitslosengeld oder Kurarbeit zwischen 10 % und 40 % ihres Gehalts verlieren, aber auch für die Kapitalist_Innen und Unternehmer_Innen die ganz ohne Einkommen dastehen. So eine Unsicherheit lässt sich in der eigenen Villa und mit dickem Sparkonto aber besser überstehen als für die 20 % der Bevölkerung deren Gesamtvermögen unter 10.000 Euro liegt.

Ein großes Problem ist, dass unsere politische und gewerkschaftliche Aktivität im Moment fast stillsteht, während Regierung und Kapitalist_Innen ihre politischen Vorstellungen direkt in Gesetze gießen können, und das auch tun. Dass die Überbrückungshilfen vor allem an große Unternehmen ausbezahlt werden, oder dass Arbeiter_Innen im „Home-Office" den Jahresurlaub aufbrauchen sollen, zeigen das ganz klar.

Wir müssen sicherstellen, dass die Kosten der kommenden Krise nicht auf die Arbeiter_Innen, Jugendlichen und Unterdrückten abgewälzt werden. Das bedeutet auf der einen Seite schon jetzt Bündnisse zu schmieden, mit Bekannten, Kolleg_Innen und politischen Aktivist_Innen zu reden und uns vorzubereiten. Es würde wohl Sinn machen, am „Tag X" nach der Quarantäne eine Großdemonstration gegen alle Entlassungen, Lohnkürzungen und geplanten Sparpakete zu organisieren, aus der eine kämpferische Bewegung entstehen kann.

Bis dahin müssen wir uns um ein politisches Aktionsprogramm sammeln. Eckpunkte müssen ein (1) Verbot aller Entlassungen und Wohnungskündigungen, (2) Weiterbezahlung der vollen Löhne, (3) ausreichende Bereitstellung von Schutzmaterial in den Berufen die weiterarbeiten müssen, festgelegt von den Arbeiter_Innen selber, (4) die Öffnung der Grenzen für Geflüchtete die jetzt besonders gefährdet sind, (5) Ausbau der Schutzeinrichtung für Betroffene von häuslicher Gewalt, und (6) Bereitstellen von Wohnmöglichkeiten in leerstehenden Häusern und Hotels für Geflüchtete, Obdachlose und andere die es brauchen, sein.

KURZ ERKLÄRT I: Krise ist immer dann, wenn einer dieser Übergänge nicht mehr gelingt. Wenn die Produkte nicht mehr verkauft, also in Geld

umgewandelt werden können, heißt das **Realisierungskrise**, wenn man gerne investieren möchte aber nicht an die notwendigen Mittel kommt sagt man **Kreditklemme**, und wenn der Produktionsprozess zusammenbricht (zum Beispiel, weil die Arbeiter_Innen in Quarantäne müssen) kann man das **Produktionskrise** nennen.

KURZ ERKLÄRT II: Niedrigzinspolitik ist eine Strategie mit den Zentralbanken versuchen mit sehr geringen bis 0%-Zinsen Investitionen anzukurbeln. Da der der (Nominal-) Leitzinssatz jedoch nicht weiter als auf null fallen kann hat diese Strategie gegenwärtig eine begrenzte Effektivität.

Die Grünen – Neoliberalismus fürs Kapital

Sara Mertens

Die
Grünen gehörten bei den Wahlen im vergangenen Jahr zu den Parteien mit dem größten Wähler_Innenzuwachs.
Beispielsweise sind sie bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg 2020 auf 24,2 % der Stimmen gekommen und haben somit ihren Stimmenanteil fast verdoppelt. Während die Grünen Erfolge feierten, mussten CDU und SPD große Verluste einstecken. Zu diesem Zeitpunkt war Corona noch weit entfernt, der Klimaschutz dominierte das gesellschaftliche Interesse und die Leute wünschten sich statt ein „Weiter so“ neue Dynamik und Modernität, unter welcher Fahne sich das neue Parteispitzen-Duo Annalena Baerbock und Robert Habeck präsentierte. Ziemlich genau seit der Coronakrise stürzen sie in den Umfragen wieder ab und viele suchen die „Stabilität“ einer konservativen Regierung. Aber wäre eine Regierung mit den Grünen überhaupt so ein Aufbruch?

Was unterscheidet die Grünen von den anderen Parteien?

Schon in den ersten Sätzen des Programms wird betont, dass der Klimaschutz Wohlstand und Beschäftigung sichern und die Welt gerechter machen soll. Vor allem für die ärmere Bevölkerung. Dieser soziale Ansatz lässt sich in dem konkreten Ziel nicht wiederfinden. Alle Maßnahmen stützen sich primär auf einen entscheidenden Aspekt: Der Vorstellung einer grüneren Wirtschaft, auch „Green New Deal“ genannt.

Zuallererst wird auf den Markt und dem ihm innewohnenden Wettbewerb bzw. Konkurrenz-Mechanismen verwiesen, welche quasi ganz natürlich die besten Lösungen zur Bekämpfung der Klimakrise hervorbringt. Dass der Markt rein aus dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung funktioniert und die nachhaltigsten und klimaschonendsten Produkte nur selten die profitabelsten sind, soll mit der CO_2-Bepreisung ausgemerzt werden. Sie soll dafür sorgen, dass sich „Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen“ (vgl. Programm der Grünen/Thema: Klimaschutz). Dass zum einen der Klimaschutz den eigensinnigen Entscheidungen von Kapitalist_Innen überlassen wird, zum anderen in den meisten Fällen die Steuer einfach auf den Preis des Endproduktes draufgeschlagen wird und somit primär die Verbraucher_Innen dafür aufkommen müssen, wird in Kauf genommen.

Daneben wollen sie mehr Geld für den Ausbau vom Öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr ausgeben. Gleichzeitig wollen sie aber auch „eine gute Zukunft für die deutsche Automobilindustrie“ (vgl. Programm der Grünen/Thema: Verkehrspolitik). Einen wirklichen Bruch mit dem motorisierten Individualverkehr wollen sie also nicht, obwohl dieser vor allem in Produktion aber auch Nutzung einen großen Teil des CO_2-Ausstoß ausmacht.

Unter dem Punkt
„Grüner Wirtschaften“ formulieren sie ihr Ziel dann ganz klar:
„Zusammen wollen wir Deutschland zum Pionierland für ökologische Innovation machen.“ Hierfür
wollen sie die „Lebensqualität
immer mehr vom Ressourcenverbrauch abkoppeln.“
(vgl. Programm der Grünen/ Thema: Grüner Wirtschaften)
Wie diese Entkopplung genau funktionieren soll, wird nicht erklärt. Die bisherigen Versuche sind kläglich gescheitert, denn bis jetzt kam es lediglich zu einer Verlagerung der dreckigen Industrie und Abfälle ins Ausland.

Was haben die Grünen in der Vergangenheit realpolitisch bewirkt?

Betrachtet man die Politik der
Grünen in den vergangenen Jahrzehnten wird einem schnell klar, dass sie nicht selten ihre Vorsätze über den Haufen werfen, wenn es um konkrete politische Entscheidungsprozesse geht.

Der erste Angriffskrieg seitens
Deutschland nach dem 2. Weltkrieg wurde 1999 in Kosovo geführt. Die Rot-Grüne Regierung mit Joschka Fischer als Grüner Außenminister beschloss völkerrechtswidrig serbische Einrichtungen und Städte zu bombardieren. Dass die Luftangriffe die Lage am Boden noch mehr eskalieren ließen, wurde in Kauf genommen. Auch die vielen zivilen Opfer versuchte man als „Kollateralschaden“ abzutun, wie zum Beispiel durch die Verseuchungen nach dem Luftangriff auf eine Chemiefabrik. Durch die Zerschlagung des Jugoslawischen Staates konnte Deutschland die verschiedenen Kleinstaaten an die EU anbinden und damit die eigene ökonomische und politische Macht in der EU ausbauen. Gleichzeitig wurde durch diesen Einsatz versucht, den Einfluss Russlands auf Europa zurückzudrängen. Abschiebungen und rassistische Unterdrückung haben im Übrigen auch nirgendwo aufgehört, wo die Grünen an der Regierung waren.

Doch nicht nur ihr Friedensideal
haben sie, sobald sie an der Regierung beteiligt waren, über den Haufen geworfen. Auch ihr „soziales“ Programm wird den Wirtschaftsinteressen geopfert.

Mit der Regierungserklärung von
Schröder 2003 zur Agenda 2010 sollte Wirtschaftswachstum, mehr Beschäftigung und der „Umbau des Sozialstaates“ erreicht werden. Die Grünen stimmten dieser Erklärung auf dem Sonderparteitag im Juni 2003 mit 90% Mehrheit zu. Konkret umfasst dies z.B. eine Lockerung des Kündigungsschutzes und eine Senkung der Lohnnebenkosten, indem die Mitarbeiter_Innen mehr Sozialabgaben bezahlen müssen. Die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft und durch Arbeitslosengeld 2 (Hartz IV) in Höhe der alten Sozialhilfe ersetzt. Die alte Arbeitslosenhilfe war von dem vorherigen Einkommen des Beschäftigten abhängig und in der Regel um einiges höher als das heutige Hartz IV. Gleichzeitig wurde die Auszahlung von Arbeitslosengeld auf 12 Monate gekürzt. Das hat viele Arbeitslose zur Annahme von schlechter bezahlter Arbeit gezwungen. Die Arbeitslosenzahlen gingen runter, weil Menschen bis heute z.B. mehrere Minijobs annehmen müssen und trotzdem kaum über die Runden kommen. Manche Vollzeitbeschäftigte müssen Arbeitslosengeld 2 beziehen, weil ihr Gehalt nicht zum Leben reicht. Somit hat diese Agenda einen neuen Niedriglohnsektor geschaffen auf Kosten der Arbeiter_Innen und im Interesse des Kapitals. Dies wird aber vor allem der SPD zugerechnet und kaum jemand sieht die Mittäter_Innenschaft der Grünen.

Doch wie
sieht’s mit den Umwelt- und Klimaschutz-Zielen aus?
Abgesehen
davon, dass die beschriebenen Forderungen und Ziele unzureichend sind, halten die Grünen sich nicht mal an diese Ideale. 2016 stimmten sie in NRW der Rodung von weiteren 200 Hektar des Hambacher Forstes zu und gaben damit RWE die Möglichkeit, durch die

Braunkohlegewinnung weiter Profit zu generieren. Auch in den Jamaika-Verhandlungen zeigten sie sich kapitaltreu und ließen ein Ziel nach dem anderen fallen. Doch selbst, wenn sie versuchen würden, die gesteckten Ziele einzuhalten, stellt sich die Frage:

Inwiefern ist nachhaltiges und soziales Wirtschaften im Kapitalismus überhaupt möglich?

Das Ziel bei der Produktion ist nicht, ein für die Gesellschaft nützliches und preiswertes Produkt zu schaffen, sondern einen Mehrwert zu generieren. Also das, was der_die Kapitalist_In am Ende für sich abschöpfen kann.

Um auf dem Markt überleben zu können, muss dem Expansionszwang nachgekommen werden. Das ist nur möglich durch Arbeitsintensivierung oder der Vergrößerung der Maschinen, Fabriken, Landflächen und so weiter. Somit führt die Produktionsform zwangsweise zu einer Ausbeutung der Arbeiter_Innen und der Umwelt. Da in diesem Marktsystem immer die Gewinnmaximierung im Vordergrund steht, gehen die Forderungen der Grünen wie die CO_2-Bepreisung nicht zu Lasten des Kapitals sondern der Arbeiter_Innen .

Doch was brauchen wir stattdessen?

Für einen wirklichen sozialen und ökologischen Wandel dürfen wir nicht länger unsere Hoffnung in Parteien wie die Grünen stecken, welche letztendlich für „Die Wirtschaft“ Politik machen. Das Interesse der Arbeiter_Innenklasse wird von bürgerlichen Parteien immer der Profitmaximierung untergeordnet werden. Um mit der bürgerlichen Vormachtstellung zu brechen, brauchen wir eine globale Bewegung, eine revolutionäre Bewegung, mit welcher wir Widerstand leisten, indem wir Aufklärungsarbeit leisten,

protestieren und streiken mit dem Ziel, diese Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform zu überwinden. Denn nur mit einer globalen Planwirtschaft ist es möglich, klimafreundlich und nach den Bedürfnissen der Menschen zu produzieren. Um diese global aufzubauen, müssen wir den Kapitalismus global stürzen und dazu ist nur eine revolutionäre Internationale in der Lage. Durch die Organisierung von Räten in Schulen, Unis und Betrieben muss Bewusstsein und Möglichkeit geschaffen werden, welches die Arbeiter_Innen befähigt, eigene Forderungen zu entwickeln und durchzusetzen. Dadurch kann eine Überführung der Betriebe und aller öffentlichen Einrichtungen in die Kontrolle der dort Arbeitenden und Nutzenden geplant und umgesetzt werden. Hier gäbe es keinen Widerspruch mehr zwischen den Interessen der „Wirtschaft“ und unserer Zukunft. Alles, was vernünftig ist (wie zum Beispiel Klimaschutz), können wir dann diskutieren, beschließen und umsetzen!

Deswegen dürfen wir nicht
verkennen, dass Parteien wie die Grünen Teil des Problems sind und nicht dessen Lösung.

E-Learning: Warum der Corona-Online-Unterricht diskriminierend und gefährlich ist.

Katjuscha Forcella

Seit

Mitte März diesen Jahres sind auf Grund der Pandemie nun auch in Deutschland alle Schulen geschlossen, aber die Schüler_Innen haben keineswegs „Corona-Ferien“, wie es sich vielleicht so manch eine_r erhofft hatte. Das Pauken muss weitergehen, schließlich dürfen ja keine Wissenslücken entstehen. Wie aber sollen nun die Lerninhalte von den Lehrer_Innen zu uns Schüler_innen und in unsere Köpfe gelangen? Das Zauberwort heißt an dieser Stelle „E-Learning“! Wir Schüler_Innen sollen nun über virtuelle Lernplattformen, Online – Tutorials oder digitale Arbeitsblätter unser Lernpensum von Zuhause aus absolvieren. Klingt erst einmal einleuchtend und simpel? Ist es aber nicht: Wie selbstverständlich wird vorausgesetzt, dass alle Schüler_Innen die nötige Hardware, also einen Computer und Drucker samt Zubehör daheim haben. Auch wenn viele Familien heute technisch gut ausgestattet sind, heißt das immer noch nicht, dass für jedes Kind ein eigenes Gerät zur Verfügung steht. Auch nicht jede_r von uns hat ein eigenes Zimmer oder kann sich mit vielen Geschwistern in einer engen Wohnung gut auf das Arbeiten konzentrieren. Während einige von uns Eltern haben, die selber studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut bei den Aufgaben unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen. Kinder und Jugendliche aus prekär lebenden Familien werden also durch das E-Learning massiv benachteiligt.

Wenn
man auf dem Land wohnt, bringen einem genügend Geräte auch nicht viel, wenn die Internetverbindung nicht funktioniert. Denn in Deutschland sind überwiegend private Anbieter_Innen (Telekom, Unitymedia & Co) für die Internetversorgung zuständig und dadurch haben insbesondere ländlichere Regionen ein echtes digitales Versorgungsproblem, denn in dünn besiedelten Regionen machen die Anbieter_Innen weniger Profite und die Netzbelastung ist durch die Maßnahmen deutlich stärker. Für viele Schüler_Innen heißt das

konkret, dass ihre Internetverbindung immer wieder zusammenbricht oder zu schwach ist. Und nicht nur für die Schüler_Innen ist die Situation schwierig, sondern auch sind die Lehrer_Innen sind nur unzureichend für das Medium E-Learning fortgebildet. Im Europäischen Vergleich steht Deutschland dies bezüglich laut der Studie des CEPS (2019) auf Platz 27, also ganz unten.

Das E-Learning, wie es momentan umgesetzt wird, stellt vielmehr eine „Beschäftigungstherapie“ dar, als ein pädagogisches Konzept. „Wir müssen täglich so viele Aufgaben bearbeiten und fristgerecht einreichen, dass ich noch weniger Freizeit habe als vor den Schulschließungen.“, sagt L., eine Schülerin des Victor-Klemperer-Kollegs in Berlin. Auch hier zeigt sich, dass es in der Schule, egal ob virtuell oder analog, vor allem darum geht, disziplinierte Menschen für den (digitalisierten) Arbeitsmarkt heranzuziehen, die auch unter hohem Druck gute Leistungen erbringen. Das E-Learning-Format macht es darüber hinaus auch möglich, Aufgaben so zu stellen, dass die Leistungen von uns Schüler_Innen maximal messbar und so auch besser zu vergleichen sind. Dies erhöht den dem Kapitalismus innewohnenden Konkurrenzdruck auf uns Schüler_Innen untereinander. Außerdem lassen sich wirkliche Lerngewinne, die über reines Abfragewissen hinausgehen, auch gar nicht in messbaren Zahlen ausdrücken.

E-Learning = Einbahnstraße

Lernen
ist eigentlich ein kollektiver Prozess, in dem sich Schüler_Innen austauschen, gemeinsam Probleme lösen und sich gegenseitig mit ihren unterschiedlichen Stärken und Schwächen unterstützen können. So wie jedoch das virtuelle Lernen momentan umgesetzt wird, pusht es nur die Individualisierung und Vereinzelung – die Schüler_Innen sind mit all ihren Aufgaben auf sich allein gestellt. E-Learning ist kein gemeinsamer Austauschprozess sondern eine autoritäre Einbahnstraße, bei der lediglich Befehle erteilt und diese ausgeführt werden. Dass wir keine Mitsprache bei den Inhalten haben und nie hatten, bremst unsere Neugierde und macht es unter solchen Umständen noch schwieriger, vereinzelt für irgendwas Eigeninitiative zum

selbstständigen Arbeiten aufzubringen.

Die
Schule als physischer Raum stellt nicht nur den Ort dar, an dem wir uns täglich aufhalten und Inhalte lernen müssen, die wir uns nicht selber ausgesucht haben, sondern es ist auch ein Ort, an dem wir uns untereinander vernetzen können und uns gemeinsam gegen Ungerechtigkeit im Schulalltag organisieren können. Wenn wir aber jede_r in unserem Zimmer vor unseren Computern sitzen und den ganzen Tag damit beschäftigt sind, übermäßig viele Schulaufgaben zu erledigen, macht das ein Zusammenschließen für unsere Rechte und Bedürfnisse nahezu unmöglich.

Wir fordern, dass E-Learning-Aufgaben in Zukunft deutlich mehr auf kooperatives Problemlösen anstatt auf individualistisches Auswendiglernen und Abarbeiten ausgelegt werden. Online-Lehrmittelmaterialien und damit auch Inhalte müssen einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Lehrmittel, wie Softwarepakete oder auch technische Grundausstattung wie Computer und Drucker müssen allen Schüler_Innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, um einer strukturellen Benachteiligung im Bildungssystem entgegen zu wirken. Das E-Learning hat dafür gesorgt, dass wir mit sehr unterschiedlichen Startbedingungen weitermachen, sobald der Unterricht wieder normal im Schulgebäude stattfindet. Trotzdem schreiben wir später alle dieselben Prüfungen und Klassenarbeiten. Wir fordern zusätzliche finanzielle Mittel, um mehr Ressourcen wie Lehrpersonal und Sozialarbeiter_Innen bereitzustellen, die den neuen Anforderungen gerecht werden können.

Abitur 2020: Prüfungsdruck im

Corona-Chaos

Sani Meier

Die weltweit andauernde Ausbreitung des Corona-Virus stellt nicht nur den Alltag von Lohnabhängigen in Deutschland vor Probleme: Neben Universitäten sind seit Wochen auch sämtliche Schulen zum Schutz vor Neuinfektionen geschlossen. Neben den Schwierigkeiten des Online-Unterrichts (Revo berichtete: LINK EINFÜGEN) gab es in letzter Zeit viel Verwirrung um die anstehenden Abitur- und Abschlussprüfungen. Ob und wie diese überhaupt stattfinden würden, stand bis vor Kurzem noch zur Diskussion. Problematisch hieran war zunächst, dass keine einheitliche bundesweite Regelung gefunden wurde, sondern jedes Bundesland erstmal individuell über den Verlauf der Prüfungen entschieden hat. Während also in Hessen bereits schriftliche Abiturprüfungen stattgefunden haben, sollten diese in Schleswig-Holstein vollständig abgesagt werden. Nun wurde letzte Woche durch die Kultusministerkonferenz (KMK) entschieden, dass die Abschlussprüfungen in ganz Deutschland stattfinden sollen. Die jeweiligen Termine sollen die Schulen selbst festlegen. Wir halten diese Entscheidung aus mehreren Gründen für problematisch:

Die KMK verspricht im Zuge ihrer Entscheidung, dass die Schüler_Innen keinerlei Nachteile durch diese Situation haben sollen. Wie dies in der Realität umsetzbar sein soll, ist schwer vorstellbar: Schüler_Innen treten zum momentanen Zeitpunkt zwangsläufig unter erschwerten Bedingungen zu ihren Prüfungen an: Denn zusätzlich zum ohnehin schon enormen Leistungsdruck befinden sie sich nun auch unter erhöhtem psychischen Druck: Die eigene Familie befindet sich durch Lohnausfälle möglicherweise in Existenznot, Geschwister sind durch Schließung der Schulen und Kitas ganztägig zuhause und ältere Geschwister sind somit zusätzlich mit deren Betreuung beschäftigt. Von einer konzentrierten Lernatmosphäre kann bei vielen zu Hause keine Rede sein. Der chaotische Online-Unterricht und der fehlende Austausch mit Mitschüler_Innen führen zu weiteren Unsicherheiten.

Indem die Abi-Vorbereitung in den Haushalt verlegt wird, wird die ohnehin

bestehende Ungerechtigkeit im Bildungssystem noch verstärkt. Lernen wird zum Klassenprivileg. Es wird selbstverständlich vorausgesetzt, dass alle Schüler_Innen die nötige Hardware, also einen Computer und Drucker samt Zubehör daheim haben. Auch wenn viele Familien heute technisch gut ausgestattet sind, heißt das immer noch nicht, dass für jedes Kind ein eigenes Gerät zur Verfügung steht. Während einige von uns Eltern haben, die selber studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut beim Lernen unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen.

Zusätzlich zum erhöhten psychischen Druck und verstärkter Diskriminierung bedeutet die Durchführung der Prüfungen auch ein gesundheitliches Risiko für die Betroffenen: Sowohl die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln, als auch der stundenlange Aufenthalt mit vielen Leuten in einem Raum bedeuten ein erhöhtes Infektionsrisiko und ein mögliches beschleunigtes Fortschreiten der Pandemie. Auch unter Schüler_Innen gibt es Risikogruppen, welche nicht dazu gezwungen werden dürfen, sich dieser erhöhten Gefahr auszusetzen.

Weiterhin kritisieren wir die Bedingungen unter denen die KMK diese Entscheidung getroffen hat. Während es wochenlang keine einheitliche Regelung gab, formulierten viele Schüler_Innen bereits online Vorschläge zur Durchführung ihrer Prüfungen. Besonders stark wurde einerseits der Entfall der schriftlichen Prüfungen gefordert, welche durch eine Durchschnittsnote der vergangenen Schuljahre ersetzt werden würde und andererseits die Verschiebung der Prüfungen in die Zukunft. Klar ist also, dass ein Großteil der Schüler_Innen sich gegen eine reguläre Durchführung zum jetzigen Zeitpunkt aussprach und dass diese Forderung von der KMK komplett ignoriert wurde. Wir fordern deshalb, dass solche Entscheidungen von den Personen getroffen werden sollten, die direkt davon betroffen sind: Schüler_Innen sollen selbst über die Bedingungen ihres Lernens und somit auch über die Bedingungen ihrer Prüfungen bestimmen, denn nur so kann eine wirklich faire und demokratische Entscheidung getroffen werden.

Diese Forderungen beschränken sich nicht nur auf die Abiturprüfungen,

sondern gilt genauso für ESA- und MSA-Prüfungen. Die Schüler_Innen dieser Bildungswege befinden sich in einer identischen Situation und sollten genauso vom Prüfungszwang befreit werden.

Wir fordern deshalb:

- Infektionsschutz statt Leistungszwang: Für die Freiheit aller Schüler_Innen, selbst zu entscheiden, ob sie jetzt zu ihren Prüfungen antreten oder diese lieber verschieben wollen!
- Organisierung von Schüler_Innen an ihren Schulen: Für den Aufbau demokratischer Strukturen an den Schulen, damit wichtige Entscheidungen direkt von den Schüler_Innen getroffen werden können!
- Finanzielle Absicherung auch bei Ausfall von Schule, Job und Uni: Sowohl die Löhne, als auch Bezüge von Bafög u.ä. müssen weiterhin in voller Höhe ausgezahlt werden!